Erscheint täglich morgens. Montags und nach Feiertagen als Mittagsblatt. Bezugspreis: Durch Boten frei ins Haus monatlich 2.30 Mk. einschl. 30 Pfg. Zustellgebühr durch die Post bezogen zuzügl. Bestellgeld. Bei Abholung 2.00 Mk. Ständige Beilagen: Sonntagsbote — Heiterer Himmel — Frauenland — Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Gleiwitz, Reichspräsidentenplatz 4, Telefon Sammeln. 5131. Geschäftsstellen: Beuthen, Piekarer Straße 9. Tel. 4258/59. Ratibor, Wilhelmstraße 7—11, Telefon Sammeln. 2441. Hindenburg, Dorotheenstraße 4 Tel. 2870. Neisse Entmannstraße 13. Telefon 535.
Mitglied des Vereins Schlesischer Zeitungsverleger.

Die einsp. mm-Zeile kostet 8 Pfg. Kleinanzeigen die mm-Zeile 7 Pfg. Einzelpreis 15 Pfennig
Rabatt nach Tarif. Finanzanzeigen ohne Rabatt. Reklamezeile 0.50 Mk. Vereinskalender laut Tarif. Chiffregebühr 0.20 Mk. Zahlbar sofort spätestens aber innerhalb 3 Wochen nach Rechnungserteilung. Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt begründen keinen Anspruch auf Nachlaß oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Gerichtsstand Gleiwitz — Postscheckkonto Breslau 44813. — Verlagsort Gleiwitz.

Ausgabe B Beuthen

Oberschlesische Volksstimme

Vereinigt mit Oberschlesische Volksblatt für Stadt und Land Zeitung und Oberschlesische Rundschau

Unabhängige reich illustrierte tägliche Morgenzeitung

Nr. 141 — Sonnabend, 26. Mai 1934 — 60. Jahrgang

Barthou vor der Kammer

Frankreichs Außenpolitik: Immer die gleiche!

Festhalten am Völkerbund und an den alten Bündnissen

DNB. **Paris**, 25. Mai.

Vor mehr oder weniger leeren Bänken eröffnete der Abgeordnete Chappedelaine (Radikale Linke) Freitag nachmittag mit einer einstündigen Rede die außenpolitische Interpellation in der französischen Kammer. Chappedelaine richtete die Aufmerksamkeit der Kammer auf die

Gefahren der heutigen Lage

Deutschland rüste, Mitteleuropa sei schwach, zwischen den Westmächten herrsche Uneinigkeit, der Krieg drohe, in Ungarn rede man nur von der Revision der Verträge. Dieser Ausdruck allein klinge für die Tschechoslowaken, die Rumänen und Südslawen wie ein Ruf zu den Waffen. Der erste Vorstoß der Nationalsozialisten gegen Oesterreich sei gescheitert, aber schon erneuere er sich wieder. Die österreichische Unabhängigkeit müsse der Eckpfeiler der französischen Politik in Mitteleuropa bleiben. Könne Frankreich aber noch auf Polen rechnen? Bestehe nicht zwischen Berlin und Warschau ein geheimes Abkommen über den Korridor, das sich zu Ungunsten Oesterreichs auswirken würde? Hitler brauche einen außenpolitischen Erfolg und hoffe, ihn im Saargebiet zu finden. Er bereite eine Armee vor, die vielleicht in einem Jahre die französische Armee übertreffen werde. Wenn Frankreich an die Aufrichtigkeit Deutschlands glauben könnte, habe es keinen Grund, den Oelzweig nicht zu ergreifen, den man ihm zu reichen scheine. Was gegenwärtig in Deutschland vorgehe, raube jedoch Frankreich alle Illusionen. In diesem Zusammenhang zählte Chappedelaine dann alle möglichen Angaben über deutsche Rüstungen, die Ausbildung der Jugend usw. auf.

Nach Chappedelaine stieg der Abgeordnete Chasséigne von einer kommunistisch-sozialistischen Splittergruppe auf die Tribüne. Er wies auf die Spannung in der Bevölkerung hin, die sich frage, ob sie wieder einen neuen Krieg erleben würde.

Dazwischen ergriff der linksgerichtete Abgeordnete Weill das Wort, um die Regierung aufzufordern, bei der Reichsregierung die Freilassung des in Deutschland verhafteten und verurteilten elsässischen Eisenbahnbeamten zu verlangen. Der französische Außenminister Barthou beantwortete diesen Einwurf von seiner Bank aus. Die Verhandlungen in dieser Angelegenheit dauerten noch an.

Nach diesem Zwischenspiel fährt der Abgeordnete mit seiner Interpellation fort und

kritisiert insbesondere die Haltung der französischen Regierung in der Abrüstungsfrage.

Seit der Note des 17. April hätten die ausländischen Mächte begonnen, Frankreich den Rücken zu kehren. Ferner befaßte sich Chasséigne mit der Reise Barthous nach Warschau und stellte in diesem Zusammenhang einige Fragen: Welche Zugeständnisse habe Frankreich an Polen hinsichtlich Sowjetrußland gemacht? Rußland werde bei Frankreich das Gesuch auf seinen Eintritt in den Völkerbund stellen. Welche Haltung werde die französische Regierung einnehmen, wenn Polen einen ständigen Ratssitz für sich verlangen würde? Frankreich sei durch die Note vom 17. April isoliert in der Welt. Deutschland, Belgien und Polen rüsteten und Frankreich würde diesem Beispiel folgen. Von dieser Politik habe nur das Comitée de forges einen Vorteil.

Nach kurzer Pause ergriff der französische Außenminister Barthou das Wort. Inzwischen hatten sich die Bänke der Abgeordneten gefüllt und die Regierung war vollzählig vertreten. Der französische

Außenminister Barthou

stellte eingangs fest, daß die beiden Fragen, die von den Vorrednern behandelt wurden, und zwar die Unabhängigkeit Oesterreichs und die Abrüstungskonferenz sich ihm sofort nach der Bildung der gegenwärtigen Regierung gestellt hätten. Er habe dem Auswärtigen Ausschuß der Kammer bereits alle einschlägigen Schriftstücke über die

mitteleuropäische Lage

zur Verfügung gestellt. Barthou behandelte in diesem Zusammenhang die bereits bekannten, von ihm dem österreichischen Gesandten erteilten Richtlinien und erinnerte an die von Frankreich, England und Italien abgegebene Erklärung zu der Absicht Oesterreichs, die deutsch-österreichische Frage vor den Völkerbund zu bringen. Er

hoffe mit der Unterstützung Englands und Italiens die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs zu erreichen.

Seit den letzten Monaten sei bereits eine gewisse Entspannung festzustellen. Im übrigen werde die Regierung später zu dem mitteleuropäischen Problem Stellung nehmen. Auf die Bemerkung Chasséignes über seine

Reise nach Warschau

bestätigte Barthou, daß sie als Ergebnis das Fortbestehen des französisch-polnischen Bündnisses gezeigt habe. Wenn Chasséignes die Militärkonvention des Jahres 1921 bemängele und behauptet habe, daß sie von einer französischen Rechtsregierung unterschrieben wurde, so erinnere er, Barthou, daran, daß er damals Kriegsminister des Kabinetts Briand gewesen sei. Im übrigen kenne er in der Außenpolitik keine Links- oder Rechtspolitik, sondern

nur eine französische Politik.

Barthou wies dann einige kritische Bemerkungen des Interpellanten über Polen zurück. Er habe in Warschau, so sagte Barthou weiterhin, wohl von Rußland gesprochen und alles getan, um beide Länder einander näher zu bringen. Er sei vielleicht auch nicht unbeteiligt an der Erneuerung des Nichtangriffspaktes.

Der Eintritt Rußlands in den Völkerbund wäre ein wünschenswertes Ereignis.

Er habe in diesem Sinne gehandelt: Er habe mit Litwinow über die Bedingung des Eintritts Rußlands in den Völkerbund gesprochen. (Nähere Angaben hierüber unterließ er jedoch.)

Barthou widmete sodann einige Worte dem freundlichen

Empfang in der Tschechoslowakei

und zollte dem Staatspräsidenten Masaryk besondere Anerkennung, die von dem gesamten Haus mit Beifall aufgenommen wurde. In Rumänien und in Südslawien werde er, Barthou, gelegentlich seiner bevorstehenden Besuche sein Bestes tun, um alle Meinungsverschiedenheiten zu zerstreuen, die zwischen Frankreich und seinen Freunden entstanden sein könnten. Er wisse aber genau, daß diese Freunde Frankreich treu geblieben seien.

Frankreich, so fuhr Barthou weiter fort, sei nicht isoliert. Die Beziehungen Frankreichs zu der Türkei seien u. a. ein Beweis dafür. In der

Frage der Abrüstung

setze die gegenwärtige Regierun die Politik der Vorgänger fort.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson habe seinerzeit durch eine Note angefragt, ob es nicht zweckmäßig wäre, an Stelle der Konferenz unmittelbare Verhandlungen zwischen den Regierungen einzuleiten. Er, Barthou, habe damals im Quai d'Orsay den Entwurf einer Antwort seiner Vorgänger vorgefunden und sie mit geringfügigen Abänderungen in einer Form an Henderson gerichtet, die ebenso gut von Daladier und Paul-Boncour hätte stammen können.

Denn

die französische Politik, die darin zum Ausdruck käme, bliebe immer die gleiche:

Herabsetzung der Rüstungen und Gleichberechtigung, aber in der Sicherheit und mit wirksamen Garantien. (Zurufe: Sehr gut! Sehr gut!)

Die Note vom 10. Februar bedeute nur die Fortsetzung und die Bestätigung der Denkschrift vom Januar 1934. Die am 17. März und am 17. April an die britische Regierung gerichteten Antworten ständen durchaus nicht im Gegensatz, wie man behauptet habe, sondern brächten dieselbe Politik zum Ausdruck. Außerdem sei zwischendurch am 6. April der englischen Regierung eine weitere Note überreicht worden. Die französische Regierung habe England nichts anderes erklärt, als daß sie das

englische Memorandum nicht als Grundlage einer Verhandlung anerkennen könne

im Hinblick auf den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen, in die neue Bedingungen eingeschaltet werden müßten. In der Tat blieben eine Reihe von Fragen offen. In der englischen Note sei weder von der Luftfahrt noch vom Völkerbund die Rede gewesen. Frankreich habe also die Pflicht gehabt, dementsprechende Fragen zu stellen und eine Antwort abzuwarten. In der französischen Note vom 6. April habe Frankreich auf die deutsche Aufrüstung angespielt.

Die Note vom 6. April bedeute eine Vorbereitung der Denkschrift vom 17. April.

Frankreich halte in allen Punkten die einmal eingenommene Haltung inne:

Frankreich wolle nicht die Politik der Aufrüstung, sondern halte an der Abrüstung fest.

Der französische Außenminister bestritt in diesem Zusammenhang, daß die Auffassung der französischen Regierung in England mißverstanden worden sei und betonte im übrigen, daß die in der Note vom 17. April zum Ausdruck kommende Auffassung einstimmig von der französischen Regierung gebilligt worden sei. Es beständen also keine Meinungsverschiedenheiten innerhalb des französischen Kabinetts über diese Fragen.

Barthou stellte sodann die Frage,

ob die französische Regierung etwa damit der Ansicht sei, daß alles zu Ende wäre, und daß alle Türen geschlossen seien, die der Abrüstungskonferenz und des Völkerbundes. Das sei durchaus nicht der Fall. Frankreich bliebe den Grundsätzen der Abrüstungskonferenz und den Völkerbundssatzungen treu.

Der Völkerbund bleibe für Frankreich die Sicherheit des Friedens der Welt. Barthou wandte sich dann scharf gegen diejenigen, die den Völkerbund kritisieren. Was würde aus der Welt geworden sein, wenn es nicht möglich wäre, sich an den Völkerbund zu halten?

Für die Zukunft gebe es zwei Hypothesen

Werde die Abrüstungskonferenz ihre Arbeiten fortsetzen oder werde sie ihr Mandat dem Völkerbund zurückgeben? Die Meinung der französischen Regierung sei bekannt, Die französische Regierung bleibe der Sache des Friedens treu, und diesen Frieden könne sie sich außerhalb des Rahmens des Völkerbundes nicht vorstellen.

Zum Schluß ging der französische Außenminister auf die

Saarfrage

ein. Er betonte, daß die Verwaltung des Saargebiets durch den Vertrag geregelt sei. Nach 15 Jahren müsse sich die Bevölkerung darüber äußern, ob sie den gegenwärtigen Status beibehalten, zu Deutschland zurückkehren oder für Frankreich stimmen wolle. Die Abstimmung müsse aber frei, aufrichtig und umfassend sein. Man habe von französischer Seite vorgeschlagen, daß eine Erklärung von der französischen und von der deutschen Regierung abgegeben würde. Deutschland habe dies abgelehnt. Er erkenne an, daß Deutschland in dieser Hinsicht recht gehabt haben könne, und darum habe er nachgegeben.

Das Problem sei dann aber anders gestellt worden. Eine Abstimmung sei nur dann aufrichtig, wenn sie frei sei und wenn die Abstimmung geheim bleibe. Er, Barthou, habe es abgelehnt, die Einwohner des Saargebietes gewissen Repressalien auszusetzen.

Wenn er anders gehandelt hätte, würde er es nicht gewagt haben, vor der Kammer zu erscheinen.

Was für ein Empfang wäre ihm wohl bereitet worden, wenn er dem zugestimmt hätte, daß die Volksabstimmung auf einen bestimmten Zeitpunkt festgesetzt worden wäre, ohne daß vorher ausreichende Schutzmaßnahmen getroffen wäre? Ein bloßes Versprechen Deutschlands genüge ihm nicht, und er sei der Ansicht daß er in dieser Hinsicht der einmütigen Stimmung der französischen Kammer entsprochen. (Barthou erwähnte hier, um die Repressalien zu kennzeichnen, die gewisse Saarländer nach der Abstimmung über sich ergehen lassen müßten, eine in einer Münchener Zeitung enthaltene Karikatur über Matz

Erzherzog Eugens Ankunft in Wien

Der österreichische Erzherzog Eugen, der als Sachwalter Ottos von Habsburg gilt, ist überraschend aus Basel in Wien eingetroffen. L. v. l. Erzherzog Eugen; rechts neben ihm Landesverteidigungsminister Fürst Schönburg-Hartenstein.

Französisches Blaubuch

DNB. **Paris**, 25. Mai.

Der französische Außenminister hat ein Blaubuch über die Verhandlungen über die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen veröffentlicht. Das Blaubuch enthält 24 Schriftstücke, die sich auf den Zeitraum vom 14. Oktober 1933 bis zum 17. April 1934 erstrecken.

Braun, der dort an einem Baum aufgeknüpft dargestellt wurde.) Barthou betonte, daß

Frankreich an einer baldigen Regelung der Saarfrage gelegen sei, die nicht nur auf den deutsch-französischen Beziehungen, sondern auf der ganzen Welt laste.

Der französische Außenminister wiederholte aber, daß er einer Festsetzung des Abstimmungszeitpunktes nicht zustimmen könnte, solange keine ausreichenden Garantien gegeben seien.

Anschließend versprach Barthou, daß die französische Regierung

alles tun werde, um einen Krieg zu vermeiden

und kam dann auf die Behauptung seines Vorredners zurück, daß die Bevölkerung sich überall frage, ob sie mit einem neuen Krieg zu rechnen habe. Frankreich werde seinen Bündnissen treu bleiben. Barthou vertrat die Ansicht, daß das Verhältnis Frankreichs zu Italien sich enger gestalte und daß auch die Beziehungen zu England trotz einiger Meinungsverschiedenheiten sich durchaus nicht abgekühlt hätten. Frankreich sei nicht isoliert. Was man auch denken möge, die Regierung habe das internationale Ansehen Frankreichs nicht vermindert.

Die Rede Barthous wurde mit großem Beifall aufgenommen. Anschließend wurde die Sitzung der Kammer auf Dienstag vertagt. Die Aussprache über die außenpolitischen Fragen wurde auf Freitag nächster Woche vertagt.

Norman Davis, Henderson und Tewfik Rüschtü Bey in Paris

DNB. **Paris**, 25. Mai.

Am Freitag traf eine ganze Reihe politischer Persönlichkeiten in Paris ein, die sich auf dem Wege nach Genf befinden. Norman Davis, der kurz nach 17 Uhr ankam, begab sich sofort in die amerikanische Botschaft. Er wird am Sonnabend Nachmittag eine Unterredung mit Barthou haben und abends nach Genf weiterreisen.

Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, traf ebenfalls am frühen Nachmittag des Freitag in Paris ein. Er fuhr sofort zur englischen Botschaft, um mit Sir George Clerk über die letzte Entwicklung der französischen Politik zu sprechen.

Außenminister Sir John Simon wird erst am Sonntag in Paris erwartet. Eine Begegnung mit Barthou ist nicht vorgesehen. Es ist aber wahrscheinlich, daß die beiden Außenminister Gelegenheit nehmen werden, sich über die letzte Entwicklung der Lage zu unterhalten, da Barthou die Absicht hat, mit dem gleichen Zug am Sonntag Abend nach Genf abzureisen.

Der türkische Außenminister Tewfik Rüschtü Bey, der sich ebenfalls auf der Durchreise nach Genf in Paris aufhält, nahm am Freitag Nachmittag an einem Tee in der türkischen Botschaft teil, zu dem auch die Gesandten Griechenlands, Rumäniens und Südslawiens geladen waren. Er wird am Sonnabend früh von Barthou und anschließend vom französischen Ministerpräsidenten empfangen werden. Am Sonnabend Nachmittag wird der türkische Außenminister dem Präsidenten der Republik einen Besuch abstatten und in den späten Nachmittagsstunden mit dem Generalsekretär am Quai d'Orsay über allgemeine politische Fragen verhandeln. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Rüschtü Bey die Gelegenheit benutzen wird, die Auffassung der französischen Regierung über den beabsichtigten Ausbau der Befestigungsanlagen an den Dardanellen einzuholen. Er reist am Sonnabend Abend oder Sonntag Morgen nach Genf weiter.

Wie in gut unterrichteten französischen Kreisen zur Reise Barthou nach Genf verlautet, wird der Außenminister von einer großen Abordnung begleitet sein. Der französische Kriegsmarineminister Piétri wird wahrscheinlich dieser Abordnung angehören. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß sämtliche Minister, die mit Fragen der Landesverteidigung zu tun haben, nach Genf gehen, um im Bedarfsfalle eingreifen zu können.

Gegenwartsfragen der amerikanischen Politik

Roosevelt über die Kriegsschulden

Der fernöstliche Flottenkonflikt — und was nachher kommt

DNB. **Washington**, 23. Mai.

Präsident Roosevelt hat am Mittwoch mit der Ausarbeitung der Kriegsschuldenbotschaft begonnen, derentwegen die Botschafter verschiedener Schuldnerstaaten, darunter Englands, Frankreichs und Polens in den letzten Tagen beim Außenminister vorsprachen.

Andere Fragen außenpolitischer Natur, die hier zur Zeit erwogen werden, sich aber noch im Stadium einer ersten Prüfung befinden, sind die verschiedenen Probleme, die mit der nächstjährigen Flottenkonferenz zusammenhängen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß das Washingtoner Flottenabkommen nur ein Teil des Gebäudes war, das im Jahre 1922 zur Befriedung des Pazifiks errichtet wurde. Marineminister Swanson gab am Mittwoch recht deutlich zu erkennen, daß Amerika vor die Frage einer Befestigung und eines Ausbaues seiner Stützpunkte im Fernen Osten und in der Südsee gestellt werden würde, falls Japan auf einer Vergrößerung seiner Kriegsflotte bestehen sollte. Derartig deutliche Worte bleiben im Staatsdepartement grundsätzlich ungesprochen. Aber die Geschichte der amerikanischen Flottenpolitik und die Tatsache, daß Präsident Roosevelt stets Verfechter einer starken Flotte war, weisen darauf hin, wie ernst man hier

Japans Forderung nach Rüstungsgleichheit

auffaßt, und lassen Swansons Ausführungen als brüske Antwort auf Japans Bestrebungen erkennen. Darüber, daß die Flottenkonferenz zu einer sehr gespannten politischen Lage führen wird, besteht auch im Staatsdepartement kein Zweifel; nur möchte man nicht von hier aus den Stein ins Rollen bringen.

Eine friedlichere Stimmung herrscht hinsichtlich der Verhandlungen mit Lateinamerika und Kanada über die Silberpolitik. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt zuversichtlich an, daß

das Silberkaufgesetz

in seiner letzthin eingebrachten milden Form vom Kongreß angenommen werden wird. Das Gesetz bringt weder eine Währungsinflation, noch schafft es genauere Werteverhältnisse zwischen Silber und Gold; es führt — und zwar in einer von Präsident Roosevelt zu bestimmenden Zeit und Methode — lediglich zur Erhöhung der Silberbarrenvorräte des Schatzamts und zu einer gewissen Vermehrung des Umlaufs an Silberdollars. Die weitere Entwicklung hängt von dem Ergebnis der Verhandlungen mit den silberbenutzenden und silberkontrollierenden fremden Ländern ab.

Nebenher laufen die Bemühungen um die

Beilegung des Gran Chaco-Krieges,

der durch Vorstöße der paraguayischen Truppen jetzt wieder Formen eines Großkrieges angenommen hat. In dem Bestreben nach Wahrung voller Neutralität hat Außenminister Hull in seinen Briefen an die Ausschußvorsitzenden beider Häuser des Bundeskongresses erklärt, Bolivien sowohl wie Paraguay würden ihr blutiges Ringen um das Gebiet des Gran Chaco nur aufgeben, wenn die Waffenzufuhr abgeschnürt würde. Gegen diese Ansicht legte am Mittwoch der bolivianische Gesandte Einspruch ein. Er betonte gegenüber Unterstaatssekretär Philipps, daß Bolivien sich stets bereiterklärt habe — und der Völkerbundsausschuß habe das bestätigt —, eine juristische Lösung des Streites anzuerkennen. Bolivien habe sogar dem Verlangen zugestimmt, den Streitfall dem Haager Gerichtshof zu unterbreiten.

Ein weiteres Problem, das auch Europa interessiert, ist der Versuch der amerikanischen Regierung, das bisherige Doppelsystem der Gebührenberechnung für die Durchschleusung durch den Panamakanal abzuschaffen und Gebühren nur nach dem sogenannten Panama-System zu berechnen. Ein entsprechendes Gesetz, das die Gebühren nach der nutzbaren Tonnage festsetzt, ist auf Wunsch der Regierung von dem Abgeordneten Lea im Unterhaus eingebracht worden und hat bereits scharfen Einspruch des Verbandes der amerikanischen Reeder hervorgerufen.

Streikfieber in den Vereinigten Staaten

DNB. **Neuyork**, 25. Mai.

Die leitenden Regierungskreise in Washington befaßten sich ausführlich mit der Streiklage, die nach wie vor als sehr ernst anzusehen ist. Jetzt kommt zu den mit größter Erbitterung geführten Arbeitskämpfen in Minneapolis und Toledo noch die Drohung eines Riesenstreikes in der Stahlindustrie. Der Metallarbeiterverband kündigte für den 16. Juni einen allgemeinen Ausstand an, falls seine Forderungen nicht bis zum 10. Juni bewilligt würden. Der Hafenarbeiterstreik an der Küste des Stillen Ozeans dauert nun schon drei Wochen. Der Schiffsverkehr in allen Häfen von San Diego bis Seattle ruht fast vollständig.

Wie aus Toledo (Ohio) gemeldet wird, hat die auf 6000 Mann angewachsene Menge der Streikenden nach Einbruch der Dunkelheit ihre Angriffe auf die Nationalgarde erneuert. Die Truppe mußte abermals von der Schußwaffe Gebrauch machen. Dabei wurden zwei Streikende getötet und eine größere Anzahl verletzt. Unter den zahlreichen Verhafteten sollen sich 22 kommunistische Agitatoren befinden. Man befürchtet weitere blutige Ausschreitungen, da die Streikenden aus Detroit mit Maschinengewehren versehen wurden. Auch Dynamitanschläge werden erwartet. Sämtliche Fabriken sind von Truppen besetzt, die auch für den Fall des Abflauens des Streiks noch einige Zeit dort bleiben sollen.

Nach 12stündiger Ruhe sammelten sich etwa 1500 Streikende in der Umgebung der Fabrikanlagen und unternahmen einen neuen Angriff. Das Gebäude und die Nationalgarde wurden erneut mit einem Steinhagel überschüttet. Zur Zeit überwacht Polizei sämtliche Verkehrswege, da Meldungen vorliegen, wonach aus Chikago und Detroit 200 Kommunisten nach Toledo unterwegs sind, um die Streikenden zu unterstützen.

Paderewski gegen Pilsudskis Außenpolitik

Verunglimpfung Deutschlands

DNB. **Paris**, 25. Mai.

Die Zeitung „Le Jour" bringt eine Unterredung mit dem früheren Staatspräsidenten Paderewski, der die von Marschall Pilsudski und Außenminister Beck verfolgte Außenpolitik Polens angreift und dabei reichlich Gelegenheit nimmt, gegen Deutschland zu hetzen. Paderewski betont eingangs, daß er jetzt keine aktive Rolle mehr spiele, aber es sei nicht zu leugnen, daß in den letzten Monaten Mißverständnisse zwischen Frankreich und Polen aufgekommen seien. Ihr Ursprung sei auf den Abschluß des Viererpaktes zurückzuführen. Deutschland wolle das französisch-polnische Bündnis auseinandertreiben. Deutschland gebe sich einen friedlichen Schein, um Zeit zu gewinnen und seine Rüstungen vervollständigen zu können (?). Der Korridor sei weiterhin das Hauptziel Deutschlands, das sich seiner eines Tages dank seiner beiden schlagkräftigen Waffen, der Intrige und der Propaganda, zu bemächtigen gedenke (?). Das einzige Mittel, Deutschland in Schach zu halten, sei, es von der Macht und der Einigkeit seiner Nachbarn zu überzeugen.

Standgericht für Sprengstoffanschläge

Scharfe Maßnahmen gegen staatsfeindliche Beamte in Oesterreich

DNB. **Wien**, 25. Mai.

Im Ministerrat am Freitag wurde eine Ausdehnung des Standrechtsverfahrens auf Sprengstoffanschläge beschlossen. Das Standrechtverfahren galt bisher für Mord, Raub, Brandlegung und boshafte Sachbeschädigung unter besonders gefährlichen Umständen. Das Standgericht fällt nach der Prozeßordnung entweder das Todesurteilt oder beschließt Rückverweisung an die ordentlichen Gerichte. Die Regierung will nunmehr auch Sprengstoffanschläge wie Bomben- und Bölleranschläge, vor das Standgericht bringen.

Der Ministerrat beschloß ferner, an Stelle langwieriger Untersuchungen sofort wirksame Maßnahmen gegen staatsfeindliche Betätigung von Beamten oder Angestellten treten zu lassen.

Ferner beabsichtigt die Regierung, zur Hebung des Fremdenverkehrs die Auslandsreisen der öffentlichen Beamten und Angestellten einzuschränken.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung des Standrechtsverfahrens sucht die der Regierung nahestehende Presse auch weiter planmäßig den Eindruck aufrechtzuerhalten, als ob die österreichischen Nationalsozialisten für die zahlreichen Sprengstoffanschläge der letzten Zeit verantwortlich seien. Bezeichnenderweise liegt jedoch noch immer keine amtliche Mitteilung über das Ergebnis der polizeilichen Untersuchung der Eisenbahnanschläge vor. Von den Behörden mußte vielmehr in zahlreichen Fällen zugegeben werden, daß bei den Sprengstoffanschlägen in letzter Zeit Kommunisten am Werke waren.

Wie die „Reichspost" berichtet, wurde der mutmaßliche Attentäter vom Salzburger Festspielhaus verhaftet. Er war früher bei der Salzburger Stadtgemeinde beschäftigt. Da er als sozialdemokratischer Schutzbündler an den Februar-Unruhen aktiv teilnahm, wurde er aus dem Dienst der Stadt entlassen. Somit ist die Lüge, Nationalsozialisten seien die Täter, zusammengebrochen. Die nähere Prüfung durch Sachverständige hat ergeben, daß die Schäden durch den Bombenanschlag in der Vorhalle des Salzburger Festspielhauses außerordentlich schwer sind. Die Instandsetzungsarbeiten — u. a. müssen fast alle Marmorsäulen ausgebessert werden — sind in vollem Gange.

Gegen die Reaktion!

Berlin, 26. Mai.

Im Rundfunk wurde eine Rede des Pressechefs der Reichsjugendführung Gustav Staebe verlesen, die nochmals der Reaktion den Kampf ansagte.

„Wir wissen, und die letzten Wochen haben es uns bewiesen" — sagte Staebe unter anderm — „daß die Miesmacher und Meckerer um so mehr im reaktionären Bürgertum und hier ganz besonders in der noch immer vegetierenden sogenannten „guten Gesellschaft" einen fruchtbaren Boden gefunden haben. Sie, deren liberalistische Welt dunkle und elende Hinterhöfe im Wedding baute, Müttern und Kindern die Sonne stahl, den Vaterlandsbegriff zur Salonparole der Gutverdienenden degradierte, sie, die am 9 November feige und erbärmlich vor der Unterwelt in die Mauselöcher krochen, sie sind es auch heute, die endlich begriffen haben, daß die sozialistische Nation von heute keinen Platz für sie hat."

Staebe schloß mit den Worten: „Die Reaktion sterbe, damit die sozialistische Nation lebe."

In Kürze:

:: **Reichsminister Dr. Goebbels** wird am Sonntag die Reichstheaterwoche eröffnen. Die Eröffnungsfeier wird vom 19—21 Uhr von allen deutschen Sendern übertragen.

:: Freitag vormittag fand im Gebäude der Deutschen Arbeitsfront eine **Tagung der Organisationsbezirkswalter und der Organisationsgauwalter der DAF.** statt.

:: Auch der amerikanische Senat hat ebenso wie Schweden **dem Waffenausfuhrverbot nach Bolivien und Paraguay zugestimmt.**

:: Der Präsident der Abrüstungskonferenz **Henderson reiste** am Freitag vormittag **nach Genf** ab.

Mosaik

Ausschnitte aus der Presse ohne eigene Stellungnahme der Redaktion

„Bis schließlich Ihre Majestät die Kanone sprechen wird!"

Ernste Warnung Mussolinis.

In der „Berliner Börsenzeitung" schreibt Benito Mussolini unter der Ueberschrift „Abrüstung oder Aufrüstung" u. a.:

„Zum letzten Male werde ich mich heute mit Abrüstungsfragen zu beschäftigen haben, mit der Abrüstungskonferenz und mit den Aussichten, die sich eröffnen. Diese Aussichten zwingen zu der Erkenntnis, daß die Konferenz der Abrüstung beendet ist und eine Konferenz der Aufrüstung ihren Anfang nimmt." Nach einem Ueberblick über den derzeitigen Stand der Abrüstungsfrage kommt der italienische Regierungschef zu der Schlußfolgerung, daß es nach Lage der Dinge zurzeit keine andere Alternative gäbe, als den italienischen Plan anzunehmen oder den Rüstungswettlauf zu beginnen.

Im Falle eines Fehlschlages der Abrüstungskonferenz würden die bewaffneten Nationen weiterrüsten, und auch Deutschland werde dasselbe tun. Niemand werde Deutschland daran hindern können, denn dazu gäbe es nur einen einzigen Weg: den „Präventiv-Krieg". Frankreich wisse aber, daß es im Falle eines Präventiv-Krieges nicht auf jene Solidarität rechnen könne, die ihm im letzten Kriege geholfen habe, als der strategische Sieg an der Marne durch die Neutralitäts-Erklärung Italiens ermöglicht worden sei.

„Wenn schon die Besetzung der Ruhr zu jenem hartnäckigen passiven Widerstand führte, so schreibt Mussolini weiter, der der Heeres- und Zivilverwaltung soviele Schwierigkeiten bereitete, so würde wahrscheinlich heute eine Besetzung deutschen Gebietes auf einen so starken Widerstand stoßen, daß der „Präventiv-Krieg" sehr bald in einen wirklichen Krieg ausarten würde, der vermutlich sehr lange dauern und unendliche Opfer an Menschen und Kapital fordern würde.

Ich glaube, daß ein von Hitler regiertes Deutschland jedem militärischen Vorgehen Frankreichs den heftigsten Widerstand entgegensetzen wird. Wenn man den Gedanken an einen „Präventiv-Krieg" fallen läßt und statt dessen das Wettrüsten proklamiert, so wird in einem gegebenen Moment der Geschichte ein neuer Krieg ausbrechen müssen, der die Nationen Europas in zwei feindliche Lager spalten wird, die um Tod und Leben kämpfen.

Inzwischen wird das Ende des Völkerbundes die unvermeidliche Folge eines Mißlingens der Abrüstungskonferenz sein. An dem Tage, an dem die Delegierten der Abrüstungskonferenz erklären müssen, Abrüstung sei eine schöne, aber gefährliche Utopie, wird der Völkerbund jede Bedeutung und jedes Prestige verloren haben.

Seine Politik, die offensichtlich Staatenblocks verhindern will, wird ersetzt werden durch die Politik der Bündnisse, mit anderen Worten die Vorkriegspolitik — bis schließlich Ihre Majestät die Kanone sprechen wird. Ich schreibe diese Worte nicht ohne tiefe Besorgnis.

Eine Abrüstungskonvention würde Europa und der Weltpolitik eine gewisse Periode der Stabilität garantiert haben. Der Fehlschlag der Konferenz öffnet dem Ungewissen Tür und Tor. Vielleicht vermag England die letzte Karte auszuspielen, seine Macht und sein Prestige einsetzend. Die Welt wartet seit Wochen darauf, jetzt, wo es sich nicht um das Ende von Kabinettskoalitionen handelt, sondern wo das Leben von Millionen und das Schicksal Europas auf dem Spiel steht.

Danzig und Polen

Unter obiger Ueberschrift beschäftigt sich in der „Deutschen Zeitung" der persönliche Referent des Danziger Senatspräsidenten Dr. Rauschning, Georg Streiter, mit den Danzig-polnischen Beziehungen. Der Verfasser weist darauf hin, daß in der politischen Diskussion Danzig gern zum Ausgangspunkt von Erörterungen des deutsch-polnischen Verhältnisses überhaupt genommen werde. Auf deutscher Seite sei es, ganz besonders im Falle Danzig, die Sorge um den außerhalb der Grenzen des Reiches liegenden deutschen Volksboden, die in die Beziehungen von Staat zu Staat hineinklinge. Der erste große Abschnitt der Danzig-polnischen Verhandlungen habe den Wunsch Danzigs, zu einer Aussöhnung mit Polen zu kommen, und die Bereitschaft Polens ergeben, im Zuge seiner eigenen Lebensrichtung der Sonderstellung Danzigs als eines Gebietes eigener politischer und wirtschaftlicher Gesetzlichkeit Raum zu geben. Die zweite Phase der Verhandlungen, die sich auf den großen und schwierigen Fragenkomplex der grundsätzlichen Stellung Danzigs im gemeinsamen Danzig-polnischen Wirtschaftsraum erstrecke, lasse nach dreimonatiger Dauer deutlich erkennen, welche Schwierigkeiten der Lösung dieser Frage entgegenstünden. Die Schwierigkeiten seien nicht so sehr in den Dingen selbst begründet als vielmehr in der Spannung zu gewissen bisherigen politischen Tendenzen, insbesondere soweit sie auf Abänderung des ausschließlich deutschen Charakters der Freien Stadt Danzig gerichtet gewesen seien. Die Gewißheit und Selbstverständlichkeit seines deutschen Bekenntnisses lasse Danzig die sachliche Klärung in Ruhe abwarten. Auch in den Einzelheiten der Danzig-polnischen Wirtschaftsgestaltung lägen zwingende Gesetzmäßigkeiten vor. Für den Fall, daß es in den laufenden Verhandlungen nur zu ungenügenden Teilergebnissen komme, habe Danzig eine objektive Prüfung der Sachlage nicht zu fürchten. Die Verzögerung einer befriedigenden Lösung ließe aber auch für Polen die Probleme seiner Ostseepolitik nicht zur Klärung kommen, denn im Rahmen der auf lange Sicht festgelegten deutsch-polnischen Politik könne auch Polen auf seinem Wege zur Ostsee an Danzig nicht vorbei, das in seiner Lage im Schnittpunkt großer Kraftlinien zum Eckpfeiler einer sich bereits abzeichnenden neuen Ordnung in Osteuropa werden könne. Die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen, in die Danzig so zwingend eingeschaltet sei, müsse zwangsläufig auch eine Aufrollung der geistigen und kulturellen Probleme nach sich ziehen, wenn man nicht die Geschichte als einen bloßen Kampf um Futterplätze ansehen wolle. Es läge auch in der deutschen und polnischen Oeffentlichkeit bereits eine große Zahl von Verlautbarungen vor, die als positive Beiträge zu einer Vertiefung der deutschpolnischen Beziehungen betrachtet werden müßten. Streiter verweist in diesem Zusammenhang auf einen Aufsatz des Wilnaer Professors Studnicki in einer offiziösen polnischen Zeitschrift, der als das Ziel der polnischen Politik die Schaffung eines mitteleuropäischen Blockes gemeinsam mit Deutschland bezeichnet. Der Artikel schließt mit der Feststellung, daß Danzig die Aufgabe habe, Mittler zu sein zwischen Deutschland und Polen.

Die Feuerbestattung

Durch ein neues Reichsgesetz ist jetzt die Feuerbestattung für ganz Deutchland einheitlich und neu geregelt. Dieses Gesetz tritt bereits am 1. Juli 1934 in Kraft. Gegenwärtig weichen die Bestimmungen über die Feuerbestattung in den einzelnen Ländern stark voneinander ab. Alle diese Vorschriften werden unwirksam und durch das neue Gesetz abgelöst, das als wichtigste Bestimmung die Feuerbestattung der Erdbestattung grundsätzlich gleichstellt. Die Einschränkungen, die vorgesehen sind, tragen lediglich strafrechtlichen Charakter. Es werden besondere Bestimmungen im Interesse der Strafjustiz getroffen. So muß die Polizei eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausstellen, daß keinerlei Verdacht eines gewaltsamen Todes vorliegt. Für die Bestattungsart soll in Zukunft der Wille des Verstorbenen maßgebend sein. Das kann in einer letztwilligen Verfügung, in einer einfachen eigenhändigen Erklärung oder in einer mündlichen Willensäußerung vor einem Urkundsbeamten geschehen. Liegt keinerlei Willenserklärung des Verstorbenen vor, so haben die nächsten Angehörigen das Recht, die Bestattungsart zu bestimmen. Die Reste des Eingeäscherten sollen in einer öffentlichen Bestattungsanlage beigesetzt werden. Die Auslieferung an die Angehörigen zum Zwecke einer anderen Bestattungsform bedarf einer polizeilichen Genehmigung.

Damit ist der Kampf um die gesetzliche Form der Feuerbestattung zum Abschluß gekommen. Wenn auch die Neuregelung Erd- und Feuerbestattung gleichstellt, so beruht sie doch auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Jeder kann also die Form seiner Bestattung selbst bestimmen. Das neue Gesetz greift demnach nicht in die Gewissensfreiheit ein und läßt auch dem Katholiken die Freiheit, die letzte Verfügung nach den Lehren seiner Kirche zu treffen. Bekanntlich lehnt die Kirche die Feuerbestattung ab und hält an der herkömmlichen Sitte des Erdbegräbnisses fest. (K. V.)

Das Wetter

Aussichten: Bei allmählich abflauenden Winden **wolkiges**, zum Teil **aufheiterndes Wetter**, nach kühler Nacht, tagsüber **wärmer**, stellenweise Bodenfrostgefahr.

Färberei und Reinigung
„Immer Elegant" empfiehlt auch die Abteilung „Kunst-Stopferei"
Hdbg., Florianstr. 5, Gleiwitz, Beuthener Str 12

Den modernen Damenhut
preiswert in der **Hut-Centrale**
Gleiwitz, Wilhelmstraße 30, 1. Etg.

Beuthener Gottesdienstordnung

Am 1. Sonntag nach Pfingsten: (Fest der allerh. Dreifaltigkeit). Und für die Woche vom 28. Mai bis 2. Juni 1934.

Pfarrkirche St. Maria.

Sonntag: Um 6 Uhr Singmesse für die Parochianen. 7 Uhr hl. Messe für leb. Mitglieder der Rose Wieczorek. 8 Uhr Kindergottesdienst in bestimmter Meinung. 9 Uhr frl. deutsches Hochamt mit Predigt, Intention der Marianischen Kongregation. 10,30 Uhr poln. Hochamt mit Predigt zur göttlichen Vorsehung, Int. Petronella Strozek. 11,45 Uhr deutsche Singmesse mit Predigt zum hl. Joseph. Nachm. 2,30 Uhr polnnische, abends 7 Uhr deutsche Maiandacht.

An den Wochentagen: Um 6, 6,30, 7,15 und 8 Uhr hl. Messen. Mittwoch abends 7,15 Uhr deutsche Vesperandacht.

Donnerstag Fronleichnamsfest: Gebotener Feiertag. Um 6 Uhr hl. Messe zum hl. Herzen Jesu, Int. Stronczek, 7 Uhr hl. Messe zum hl. Herzen Jesu und zum hl. Antonius, Int. Harazim. Um 8,15 Uhr feierliches Hochamt für die Parochianen, darauf Ausgang der Fronleichnamsprozession. Um 10 Uhr Kindergottesdienst. 11 Uhr poln. Hochamt für †† Mitglieder der Rose Gogollok. 11,45 Uhr deutsche Singmesse zur göttl. Vorsehung für Familie Flemming und Verwandtschaft. Nachm. 2,30 Uhr poln., abends 7 Uhr deutsche feierliche Vesperandacht mit theophorischer Prozession um die Kirche. Dienstag nachm. 3 Uhr Maiandacht für alle Kinder, besonders für die Mitglieder des Kindheit-Jesu-Vereins.

Freitag — Herz-Jesutag: Um 6 Uhr poln., um 8 Uhr deutsche Herz-Jesuandacht. Freitag nachm. 4 Uhr Beichtgelegenheit für die Kinder der Schule 1 und Hilfsch. Während der Fronleichnamsoktav täglich abends 7.15 Uhr deutsche Vesperandacht mit theophorischer Prozession um die Kirche. Montag und Donnerstag um 6 Uhr poln. Taufstunden: Sonntag und Donnerstag (Fronleichnamsfest) nachm. 3,30 Uhr. Nachtkrankenbesuche sind beim Küster Tarnowitzer Straße 10 zu melden, Telef. 2630.

Hl. Geistkirche.

Am Sonntag um 8 Uhr hl. Messe.

St. Trinitas.

Sonntag (Ablaßfest bei St. Trinitas). Früh 5,30 Uhr hl. Messe, 6,30 Uhr hl. Messe mit deutscher Predigt, 8 Uhr Schulgottesdienst, 9 Uhr Hochamt mit Predigt, Aussetzung und Tedeum für die Parochianen, 10 Uhr Hochamt mit Predigt, Aussetzung und Tedeum, (Franz Schubert, Messe in G für Soli, gemischten Chor und Streichorchester), 11,12 Uhr stille hl. Messe mit deutscher Predigt. — Nachmittags 2 Uhr Kinderandacht, 3 Uhr und abends 7 Uhr Maiandacht und theophorische Prozession. — Mittwoch nachmittags und abends Beichtgelegenheit.

Donnerstag, den 31. Mai: Fronleichnamsfest. Früh 5,30 Uhr Aussetzung des Allerheiligsten, darauf hl. Messe, 6,30 Uhr hl. Messe, 7,15 Uhr Schulgottesdienst, 8 Uhr feierliches Hochamt für die Parochianen, darauf Ausgang der Fronleichnamsprozession in gewohnter Weise. (Der Kirchenchor singt zum Hochamt: Reichmann, missa brevis für Solo, gem. Chor und Orgel; zur Prozession: Die großen Stationen von Schnabel für gem. Chor und großem Bläserorchester.) Nach Rückkehr der Prozession hl. Segen. Um 11,30 Uhr stille hl. Messe. Nachmittags 2 Uhr Kinderandacht, 3 Uhr und 7 Uhr feierliche Vesperandacht und theophorische Prozession. Nach der Abendandacht Aussetzung des Allerheiligsten zum Ewigen Gebet.

Freitag: Herz-Jesu-Tag. Freitag und Sonnabend abends 7,15 Uhr feierl. Vesperandacht und Prozession. — Freitag nachmittags Beichte für die Mädchen der Schule 4 und 11.

Pfarrkirche St. Hyazinth.

Sonntag: 5,15 Uhr für die Parochianen. 6 Uhr poln. Singmesse mit Predigt, 7,30 Uhr Kinder- und Schulgottesdienst, Int. für † Josef und Anna Pannek mit hl. Segen, 8,30 Uhr deutsche Predigt und Hochamt, Int. in der Meinung der deutschen Jungfrauenkongregation, 10,30 Uhr poln. Predigt und Hochamt, 11 Uhr Unterkirche: deutsche Singmesse mit Predigt, Int. für † Johann Golla mit hl. Segen. Nachm. 2,30 Uhr polnische, abends 7 Uhr deutsche Maiandacht.

In der Woche um 6, 6,30, 7,15 und 8 Uhr hl. Messen. Mittwoch früh 8 Uhr Müttervereinsandacht in der Unterkirche. Mittwoch nachm. Beichtgelegenheit, abends deutsche Fronleichnamsvespern mit Prozession.

Donnerstag: Hochheiliges Fronleichnamsfest. 5,15 Uhr stille hl. Messe. 6 Uhr poln. Singmesse. 7,30 Uhr Kinder- und Schulgottesdienst. 8,30 Uhr deutsches Hochamt, nach demselben Ausgang der Prozession. Die Prozessionsordnung hängt am schwarzen Brett. 11 Uhr poln. Hochamt. 11 Uhr Unterkirche deutsche Singmesse. Nachm. 2,30 Uhr polnische, abends 7 Uhr deutsche Fronleichnamsvespern mit Prozession.

Freitag nachm. gehen die Kinder der Schule 6 zur hl. Beicht. Freitags abends 7,15 Uhr deutsche Fronleichnamsvespern mit letzter Maiandacht und Prozession.

Sonnabend abends 6,30 Uhr polnische, und abends 8 Uhr deutsche Männerapostolatspredigt.

Nachtkrankenbesuche sind beim Küster im Jugendheim Scharleyer Straße 43 zu melden.

Herz-Jesu-Kirche.

Dreifaltigkeitssonntag: Einkehrtag. 6,30 Uhr Frühmesse mit Predigt. 7,30 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt. 8,30 Uhr hl. Messe mit Predigt. 10 Uhr Hochamt mit Predigt und hl. Segen. 11,30 Uhr hl. Messe. Nachm. 2 Uhr Andacht und Versammlung des Schutzengelvereins. 19 Uhr Schlußandacht mit Tedeum und hl. Segen. Vom Hochamt an ist Aussetzung des Allerheiligsten. Die Ordnung der Anbetungsstunden ist die gewöhnliche.

In der Woche ist bis Donnerstag einschließlich jeden Abend um 7,30 Uhr Maiandacht.

Freitag ist Herz-Jesufreitag. 8 Uhr Amt mit Aussetzung und hl. Segen. 19,30 Uhr Herz-Jesuandacht.

Sonnabend: 19,30 Uhr Muttergottesandacht.

Am Donnerstag, dem hochhl. Fronleichnamsfeste, tritt eine Aenderung der Gottesdienstordnung ein. Die hl. Messen sind um 6 und 7 Uhr. Um 8 Uhr ist feierliches Levitenamt, darauf Auszug der Prozession. Um 11,30 Uhr ist eine stille hl. Messe. Abends um 19,30 Uhr Segensandacht. Die Prozessionsordnung wird am Anschlagbrett bekannt gegeben.

Pfarrkirche St. Barbara.

Sonntag. 6 Uhr Singmesse: Für die Parochianen. 7,30 Uhr Amt mit Predigt: In bes. Meinung für die Angestellten der Firma Kurt Müller, mit hl. Segen. 9 Uhr Hochamt mit Predigt: Für lebende und verst. Mitglieder der Erzbruderschaft der hl. Sühnungsmesse, mit Aussetzung. 10,30 Uhr Kindergottesdienst: Für das Jahrkind Susanne Ryschka. 11,30 Singmesse mit Predigt. 15 Uhr Maiandacht.

An den Wochentagen sind die hl. Messen um 6, 7 und 8 Uhr. — Am Dienstag und Freitag um 7,15 Uhr Schulgottesdienst der Schule XIII.

Donnerstag, den 31. Mai. — Fronleichnam. 6 Uhr Singmesse: Für die Parochianen. 7,30 Amt: Für die Wohltäter unserer Kirche, mit hl. Segen. 9 Uhr Hochamt: Zu Ehren des hlgst. Herzens Jesu und als Dank für die vielen Gnaden während der Mission, gesammelt von einigen Mietern des Häuserblockes Gustav Freytag-Straße 20—30. 10,30 Uhr Kindergottesdienst. 11,30 Uhr Singmesse. 15 Uhr Andacht zu Ehren des Allerheiligsten Altarssakramentes mit Prozession um die Kirche.

Unsere Fronleichnamsprozession findet — wie im vergangenen Jahre — nicht am Fronleichnamstage selbst statt, sondern erst am nächsten Sonntag. Sie nimmt folgenden Weg: Wilhelmstraße, Donnersmarckstraße, Friedrichstraße, Gutenbergstraße und zurück in die Kirche. Der 1. Altar steht am Wilhelmsplatz, der 2. Altar Ecke Donnersmarck- Gustav Freytag-Straße, der 3. Altar Friedrich Gabelsberger-Straße, der 4. Altar Gutenbergstraße vor der Hochschule.

Während der Fronleichnamsoktav, beginnend am Freitag, den 1. Juni, ist um 19,30 Uhr Andacht zu Ehren des Allerheiligsten Altarssakramentes mit Prozession um die Kirche. An den übrigen Wochentagen — also von Montag bis Mittwoch einschl. — ist um 19,30 Uhr Maiandacht.

Während der Fronleichnamsoktav ist die hl. Messe um 8 Uhr mit Aussetzung.

Das Herz-Jesu-Amt wird nicht am kommenden Freitag, den 1. Juni, sondern erst am Freitag, den 8. Juni, dem Fest des hlgst. Herzens Jesu abgehalten.

Taufen werden gespendet am Sonntag nach der Nachmittagsandacht um 15,30 Uhr und am Mittwoch um 8 Uhr vormittags.

Nachtkrankenbesuche sind beim Küster, Wilhelmstr. 14 anzumelden. — Krankenbesuchstag ist Mittwoch. —

St. Josephs-Kirche Dombrowa

Sonntag. 7 Uhr poln. Predigt und Hochamt. 8,30 Uhr deutsche Predigt und Hochamt. 15 Uhr deutsche Vesperandacht mit Aufnahmefeier der Marienkinder.

Wochentags 6,30 Uhr hl. Messe. 19 Uhr Maiandacht: Montag, Mittwoch, Freitag deutsch; Dienstag, Donnerstag, Sonnabend polnisch.

Donnerstag: Hochheiliges Fronleichnamsfest. 8 Uhr deutsches Hochamt, darauf Fronleichnamsprozession, nachher polnisches Hochamt. 15 Uhr feierliche poln. Vesperandacht mit theophorischer Prozession. 16 Uhr feierliche deutsche Vesperandacht mit theophorischer Prozession.

Freitag 6,30 Uhr poln. Herz-Jesu-Andacht. 19 Uhr deutsche Andacht zum Allerhl. Altarsakrament mit theophorischer Prozession.

Sonnabend 19 Uhr poln. Andacht zum Allerhl. Altarssakrament mit theophorischer Prozession.

Vor 14 Tagen aufgedeckt, heute schon vor den Richtern

Zuchthaus für Margarineschieber beantragt

hl. Gleiwitz, 25. Mai.

Schnelle Justiz wird erfreulicherweise in dem vor etwa 14 Tagen bekannt gewordenen Fall der Margarinekartenschiebung von Gleiwitz und Hindenburg geübt. Die Ermittelungen der Kriminalpolizei und der gerichtlichen Untersuchungsbehörde wurden so beschleunigt, daß die Angelegenheit, in die 10 Angeklagte verwickelt sind, bereits am heutigen Freitag auf dem Terminszettel der Gleiwitzer Strafkammer, die unter Leitung von Landgerichtsdirektor Murswiek steht, verzeichnet stand. Der Prozeß fand unter großem Andrang des Publikums statt. Aber nicht nur deshalb nahm er den Charakter einer Sensation an. Fast ein Drittel der Gleiwitzer Anwaltschaft, 9 Verteidiger, sind aufgeboten, um die Interessen der Angeklagten wahrzunehmen. Landgerichtspräsident Braun, der die Beschleunigung des Verfahrens angeordnet hatte, wohnte einem großen Teil der Verhandlung als Zuhörer an.

Angeklagt sind Herbert Ossig aus Hindenburg, Franz Koppehl, Josef Warzik, Kurt Prager, Fritz Schinschel, sämtlich aus Gleiwitz und Jakob Paterok aus Hindenburg, sowie 4 Personen aus Gleiwitz, die sich gewerbsmäßig mit dem Verkauf von Margarine und anderen Konsumartikeln befassen. Die beiden zuerst genannten Angeklagten werden beschuldigt, Reichsverbilligungsscheine für Margarine und Speisefette unterschlagen zu haben. Die nächstfolgenden Angeklagten sollen die unterschlagenen Scheine angekauft und mit Gewinn weiterverkauft haben und die übrigen schließlich haben die Scheine wieder gekauft, um darauf unrechtmäßigerweise Margarine zu beziehen.

Ossig gibt in seiner Vernehmung an, aus Not gehandelt zu haben. Er hatte

im Hindenburger Wohlfahrtsamt die Verteilung der Reichsverbilligungsscheine

an die Bezugsberechtigten mit den Anfangsbuchstaben V und U zu besorgen. Er bezog ein monatliches Gehalt von 160 Mk., von dem er aber nur noch einen Teil ausgezahlt erhielt, weil der andere von seinen Gläubigern in Anspruch genommen wurde für Schulden, die er bei seiner Heirat für Möbelkauf usw. gemacht hatte. Insgesamt beziffert der Angeklagte seine Schuldenlast auf etwa 2300 Mk Von Paterok will Ossig im Herbst 1933 gefragt worden sein, ob er ihm nicht Reichsverbilligungsscheine besorgen könne. Paterok, der sich u. a. auch mit dem Verkauf von Margarine an das Publikum beschäftigt, wollte dadurch diese knappe Ware reichlicher ins Geschäft hereinbekommen. Auf diesen Vorschlag hin, so erklärt Ossig, begann er im November mit der Lieferung solcher Scheine an Paterok, insgesamt bis Anfang Mai dieses Jahres etwa

1000 Stück, die zum Bezuge von rund 4000 Pfund Margarine berechtigten.

Als Entschädigung dafür lieferte Paterok an Ossig Waren, die von den Angehörigen Ossigs im Lokal Paterok abgeholt wurden; einen erheblichen Betrag erhielt Ossig in verschiedenen Teilbeträgen in bar.

Aber Ossik hatte in Warzik

noch einen zweiten Abnehmer

für Reichsverbilligungsscheine. Die Verbindung mit Warzik wurde gelegentlich eines Besuches Ossiks in Gleiwitz hergestellt. Warzik befand sich in mißlicher Vermögenslage, sein Geschäft ging schlecht und er soll Ossik das Angebot gemacht haben, ihm solche Verbilligungsscheine zu liefern. Nach etwa 14 Tagen kam Ossik nach anfänglicher Ablehnung mit etwa 450 Scheinen bei Warzik an, der die Abnahme trotz seiner Finanznot mit 225 RM. honorierte.

Ganz unabhängig von dieser Schiebung betrieb Koppehel in Gleiwitz seine Manipulationen

wenngleich eigenartigerweise die verschobenen Hindenburger und Gleiwitzer Scheine dann bei Warzik und Prager zusammenliefen. Koppehel hatte ähnlich wie Ossik die Verteilung der Reichsverbilligungsscheine im Wohlfahrtsamt in Gleiwitz. Unter seiner Betreuung stand Schinschel, der für ihn privatim einige Arbeiten im Haushalt an der Wasser- und Gasleitung, eine Reparatur des Fahrrades usw. besorgte und dafür 28.— RM. Barauslagen machte. Da Koppehel, der lange Zeit arbeitslos gewesen war, über Barmittel nicht verfügte, gab er etwa 150 Reichsverbilligungsscheine an Schinschel als Entschädigung für seine Arbeit. Schinschel, der für ihre Verwertung bedacht war, gab einen Teil an Piwellek, der dafür 30.— RM. zahlte und den Rest an Warzik. Auch Piwellek verkaufte seine Acquisition an Warzik. Warzik wieder verschob die von Ossik sowie aus den Gleiwitzer Quellen erhaltenen Reichsverbilligungsscheine mit Aufschlag an Prager. Diese Verbindung nun kam so zustande, daß Prager, der Warzik mit Margarine belieferte, von Warzik gefragt wurde, ob er Verwendung für Reichsverbilligungsscheine besitze. Prager nahm die Scheine natürlich gegen Leistung einer Entschädigung und suchte sie nun

unter seine Margarinekunden

zu vertreiben. Er konnte einige davon bewegen, ihre Firmenstempel auf eine gewisse Anzahl Scheine zu setzen, sodaß sie zur Einlösung beim Finanzamt gültig wurden und als Bestellung an seine Lieferfirma gelten konnten. Die Haushaltmargarine, die für solche Scheine geliefert wurde, hatte sich dadurch natürlich

inzwischen verteuert.

Das Pfund Haushaltmargarine kostete im Einkauf 32 Pfennig. Prager berechnete jetzt einen Aufschlag von 25 Pfennig pro Pfund, sodaß der Einkaufspreis auf 57 Pfennig stieg. Im Verkauf wurde die Margarine, die selbstverständlich von ihrer sie als Haushaltsmargarine kennzeichnenden Packung befreit worden war, mit 60 Pfennig gehandelt, etwa demselben Preise, wie die gewöhnliche Konsummargarine im Handel käuflich war An der Verteuerung hatte nicht Prager nur allein verdient, sondern

bei allen Zwischenhändlern war selbstverständlich etwas hängen geblieben.

Prager gibt in seiner Vernehmung ebenfalls an, aus Not gehandelt zu haben. Durch die Margarinekontingentierung sei sein Einkommen von etwa 160.— RM. monatlich auf 50—60 RM. gesunken gewesen.

Alle Angeklagten sind bis auf kleine Einzelheiten, bei denen sich unwesentliche Widersprüche ergeben geständig. Nur

Paterok bestreitet die Schiebung mit Ossik gemacht zu haben,

vor allem aber der Anreger und Verführer Ossigs gewesen zu sein. Er weiß allerdings keine plausible Erklärung für die Vermerkungen in einem seiner Geschäftsbücher zu geben, in dem ein Konto Ossik enthalten ist, der bis November, wo etwa die Schiebungen anfingen, nicht sein Kunde gewesen war und nun auf einmal bei Paterok mit Warenentnahmen und Barbeträgen in Kredit kommt. Eigenartigerweise meldet der als Zeuge vernommene Vertreter der Margarinelieferantin Pateroks in den Monaten November bis April auch eine erheblich gesteigerte Belieferung mit Margarine an den Angeklagten.

Interessant war natürlich die Klärung der Frage,

wie die Schiebungen aufgedeckt wurden.

Die Scheine mußten von den Geschäftsleuten abgestempelt und dem Finanzamt vorgelegt werden, das eine Bescheinigung ausstellte, damit sie nun von der Fabrik bzw. deren Vertretern beliefert werden durften. Die Kontrolle darüber oblag dem Steuerinspektor Englicht, der bei einer Nachschau in einem Geschäft die Mitteilung erhielt, daß Prager solche Scheine gegen Aufschlag den Geschäften, die er beliefere, anbiete. Englicht riet der Geschäftsinhaberin, einen Abschluß mit Prager zu tätigen, um Beweismaterial in die Hände zu bekommen. Prager wurde gefaßt und mußte seine Bezugsquellen angeben. Dadurch kamen

gleichzeitig die beiden Schiebungen in Gleiwitz und Hindenburg ans Tageslicht.

In Hindenburg waren etwa 1500 Reichsverbilligungsscheine verschoben worden, in Gleiwitz etwa 150 bis 170. Insgesamt bedeutete das ein Margarinequantum von etwa 75 Zentnern. Die Veruntreuungen Ossiks sowohl wie Koppehels waren möglich, weil die Kontrollen nicht scharf genug gehandhabt wurden, da man die beiden Angeklagten für zuverlässig hielt.

Die Beweisaufnahme war nicht sehr umfangreich. Es brauchten nur kleine Einzelheiten aufgeklärt bzw. ergänzt werden, da die Angeklagten sämtlich geständig waren.

Der Vertreter der Anklage,

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Michaletz,

wies in seiner Anklagerede einleitend daraufhin, daß der heutige Prozeß deswegen von so großer Bedeutung scheine, weil er einen Ausschnitt von Vorgängen darstelle, von denen man annehmen sollte, daß sie in der heutigen Zeit nicht mehr möglich wären.

Bedeutung erhalte der Prozeß dadurch, daß hier weniger der von den Angeklagten angerichtete materielle Schaden gesühnt werden solle, als ihre Gesinnung zur Richtung komme, die sie betätigt haben. Einige von ihnen, die sich erdreisten zu behaupten, alte Kämpfer der Bewegung zu sein, mußten besonders genau überlegen und prüfen, wie schwer sie sich vergingen, wenn sie eine solch

schändliche Gesinnung zum Schaden des Volksganzen

betätigten. Der Anklagevertreter ging die Straftaten der einzelnen Angeklagten im einzelnen durch und sprach sich dahin aus, daß die Taten zweier Angeklagter besonders zu beurteilen seien, nämlich die Pragers und Pateroks, weil sie verschuldet haben, daß eine Anzahl weiterer Angeklagter ihren heutigen Platz einnehmen mußten.

Ossig scheine von Paterok verführt, wenngleich er besonders sich trotz seiner angeblichen Not nicht anstiften lassen durfte. Strafverschärfend bei ihm falle ins Gewicht, daß er bei der Verteilung der Verbilligungsscheine juristisch im Sinne des Strafgesetzbuches Beamteneigenschaften besaß und deshalb besonders auf Sauberkeit in seiner Arbeit achten mußte. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn wegen Untreue und Amtsunterschlagung 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, bat aber, von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte abzusehen.

Koppehel müsse im ähnlichen Sinne beurteilt werden, wenngleich für ihn einige Milderungsgründe angeführt werden können. Die gesetzliche Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus erscheine angemessen.

Die Handlungsweise Warziks stelle sich als gewerbsmäßige Hehlerei heraus, weil er sich durch den Vertrieb der Reichsverbilligungsscheine einen laufenden Vermögensvorteil zu verschaffen suchte. Die Mindeststrafe erscheine nicht ausreichend. 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus aber angemessen.

Prager stand zunächst der Angelegenheit fern, war aber sofort bereit, die endgültige Verwertung der verschobenen Margarinescheine zu übernehmen. Er hat dann mit seinen Ueberredungskünsten die gewerblich tätigen Angeklagten hierher gebracht. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn ebenfalls 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus wegen gewerbsmäßiger Hehlerei.

Scharfe Verurteilung durch den Staatsanwalt fand die Handlungsweise Pateroks, der sich heute zu feige zeigte, ein Geständnis abzulegen. Er betrieb die Schiebung sofort in großem Stil. Ihm allein mußte Ossik 1000 Scheine liefern. Eine Verurteilung zu 2 Jahren Zuchthaus und die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erscheine durchaus angemessen. Wesentlich milder beurteilte der Anklagevertreter die Handlungsweise der übrigen Angeklagten, insbesondere soweit ihnen Prager die Verwertung der Scheine durch Bezug von Margarine aufzuschwatzen verstanden hatte. Allerdings wußten alle Angeklagten oder mußten es wenigstens auf Grund ihrer geschäftlichen Betätigung im Handelsgewerbe wissen, daß die Reichsverbilligungsscheine nicht auf ehrliche Weise in den Besitz Pragers gekommen sein konnten, selbst wenn er erzählt haben sollte, daß er sie von Erwerbslosen aufgekauft habe. Eine gewinnsüchtige Absicht unterstellte der Staatsanwalt diesen Angeklagten aber nicht. Er beantragte im einzelnen gegen die 5 Angeklagten Strafen von 2 mal 3 Monaten, 2 mal 4 Monaten und 1 mal 1 Monat Gefängnis.

Wegen der vorgerückten Abendstunde wurde die Verhandlung auf Sonnabend vertagt. Es beginnen da gleich zu Beginn der Sitzung die Plädoyers der 9 Verteidiger.

Ferien für Holzarbeiter gesichert

Holzarbeiter-Kundgebung im Schützenhaus

Gleiwitz, 25. Mai.

Die Ortsgruppe Gleiwitz des Deutschen Holzarbeiterverbandes hatte für Freitag zu einer großen Kundgebung im Schützenhaussaal gerufen, mit der zugleich eine Grenzlandkundgebung, die Ehrung zweier Jubilare und die Ehrung der Sieger im Reichsberufskampf verbunden war. Der Verbandskreisleiter Beimel eröffnete die stark besuchte Kundgebung und erteilte nach der Begrüßung das Wort dem Verbandsbezirksleiter Hein, Breslau, der den Jubilaren Kuzek und Alker je ein Bildnis des Führers überreichte. Folgende Lehrlinge erhielten als Preisträger im Reichsberufswettkampf neben einer Urkunde je eine Buchgabe. Die Namen der Sieger sind: Hadrian, Georg, Bandke August, Koschella Josef, Schmidt Hermann, Paszcella Georg, Letzel Alfons, Kornetzki Alfred, Tryba Walter, Melzik, Poremba Alois, Panusch Ewald, Kraffzig Alfred, Zielonka Josef, Biegay Franz. Der Verbandsbezirksleiter wandte sich gegen das vielfach aufgetauchte Mißverständnis, der Reichsberufswettkampf stelle eine Art Vorprüfung dar. Hierauf ergriff Fachschaftswart Fuchs das Wort zu längeren Ausführungen über das Entstehen der Gewerkschaften.

Der Redner begründete dann weiter, daß die Arbeiter einen Schutz genießen müßten, um gegen Ausbeutungen gesichert zu sein. Die Arbeiter sollten überzeugt sein, daß alles, was sich die Nationalsozialisten vorgenommen hätten für die Arbeiter zu tun, erfüllt werde. Die Arbeiter, die sich durch die Chemikalien beim Holzgewerbe eine gesundheitliche Schädigung zugezogen haben, werden auch Anspruch auf Invalidenrente haben. Und zwar werde diese Rente nicht nur bei durch ausländischen Holzsorten zugezogenen Schädigungen gewährt werden, sondern sich auf Schäden erstrecken, die bei der Bearbeitung deutschen Holzes entstanden seien. Weiter wandte sich der Redner gegen die Schwarzarbeit und forderte auf, alle Fälle von Schwarzarbeit rücksichtslos zur Anzeige zu bringen. Hierauf ergriff Verbandsorganisationswart Grau das Wort zu eingehenden Ausführungen, die in der Hauptsache Tarif- und Urlaubsfragen betrafen. Als Kernstück seiner Ausführungen bleibt die Mitteilung, daß es ihm gelungen sei, vom Treuhänder der Arbeit für Schlesien die Versicherung zu erhalten, daß alle Holzarbeiter in den Besitz von Ferien noch in diesem Jahre gelangen werden. Weiter teilte er mit, daß diese Versuchsregelung wahrscheinlich allgemeinverbindlich erklärt werden würde. In Kürze sei auch eine generelle Regelung der Tariffrage zu erwarten. Nach dem Absingen der ersten Strophe des Horst-Wessel-Liedes wurde der Abend für beendet erklärt.

Tages-Neuigkeiten

9600 Verkehrssünder

Die polizeiliche Erziehungsaktion der Fußgänger in Berlin

Im Laufe des Donnerstag wurde in der Reichshauptstadt eine groß angelegte Erziehungsaktion der Fußgänger durch die Schutzpolizei durchgeführt. Alle Fußgänger, die ihre Pflichten im Straßenverkehr verletzten oder die notwendige Vorsicht vermissen ließen, hatten ein polizeiliches Einschreiten zu erwarten. In 207 Fällen mußte wegen besonders grober Verstöße gegen die Verkehrsordnung Strafanzeige erstattet werden. Wegen geringerer Vergehen wurden 1607 gebührenpflichtige Verwarnungen erteilt. Schließlich genügten in 7786 Fällen mündliche Verwarnungen und Belehrungen seitens der Straßenaufsichtsbeamten. Somit wurden im Laufe der von 15 bis 19 Uhr anhaltenden Aktion insgesamt 9600 Verkehrssünder festgestellt.

2365 Betrugsfälle des internationalen Schwindlers Eiselt

:: **Neusalz a. d. O.** Dem Schwindler Max Eiselt, der von der Neusalzer Polizei wegen vielfacher Betrügereien in Deutschland und in anderen Staaten Europas verhaftet wurde, sind bis jetzt 2365 Betrugsfälle nachgewiesen worden, die er auch zugegeben hat. Nach dem Abschluß der Vernehmung wurde Eiselt am Freitag dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt. 50 Fälle sind noch nicht abgeschlossen. Einen Begriff von dem Ausmaß der Betrügereien gibt die Tatsache, daß von der Polizei in Neusalz 200 Anzeigen nach Orten weitergeleitet wurden, die Eiselt früher unsicher gemacht hat. Nach Ansicht der Polizei kommen etwa 3000 Personen in Frage, die polizeilich zu den Gaunereien vernommen werden müssen. Es steht auch noch nicht fest, ob Eiselt seinen wirklichen Namen angegeben hat, oder ob er Dr. Popp heißt.

Furchtbares Unglück

Trecker durchbohrt Omnibus

Acht Tote, 40 Verletzte — Die Wagen verbrannt

DNB Neuyork, 25. Mai.

In Richmond im Staate Virginia ereignete sich ein furchtbares Verkehrsunglück. Ein vollbesetzter Omnibus stieß in schneller Fahrt mit einem Trecker zusammen. Der Anprall war so heftig, daß sich der ganze Vorderteil des Treckers in den Omnibus hineinbohrte. Beide Fahrzeuge gingen sofort in Flammen auf. Bisher werden acht Tote und mindestens 40 Verletzte gemeldet.

Brand auf dem Fernlenkzielschiff „Zähringen"

:: **Berlin.** Amtlich wird mitgeteilt: Bei den Schießübungen der 3. Marineartl.-Abteilung in Swinemünde setzte am 25. Mai ein 15 cm Volltreffer die Korkfüllung einer Abteilung des Fernlenkzielschiffes „Zähringen" in Brand. Das Zielschiff ist in den Swinemünder Hafen eingelaufen, wo der Brand abgelöscht wird. Die Fahrbereitschaft der „Zähringen" ist, soweit bisher zu übersehen, durch diesen Brand nicht unterbrochen. Da das Fernlenkschiff bei Schießübungen bekanntlich ohne Besatzung fährt und von einem zweiten Fahrzeug aus funkentelegraphisch gelenkt wird, sind Personen nicht zu Schaden gekommen.

Eisbrecher „Krassin" auf der Heimreise

:: **Moskau.** Nach einem Funkspruch aus Nome (Alaska) hat der Eisbrecher „Krassin" am Donnerstag Nome verlassen und die Heimreise wieder angetreten.

Professor Schmidt und Kapitän Uschakow werden sich am Freitag in New York nach Europa einschiffen, um über Berlin nach Moskau zurückzukehren.

Großer Garagenbrand in Paris

:: **Paris.** Freitag Morgen entstand in einer Pariser Garage in der Nähe der Porte des Ternes ein Brand, der sehr schnell um sich griff. Die Garage brannte vollkommen nieder, und der Besitzer kam in den Flammen um. Wie nachträglich festgestellt werden konnte, war er betrunken und hatte in der Nähe der Benzintanks geraucht. Das Feuer übertrug sich auf eine andere Garage, die zum Teil niederbrannte, sowie einen Hundezwinger, in dem etwa 56 Hunde den Flammen zum Opfer fielen.

Massensimultanspiel der beiden Schachgroßmeister in Nürnberg

:: **Nürnberg.** Am Donnerstag gaben Weltmeister Dr. Aljechin-Frankreich und der deutsche Schachgroßmeister Bogoljubow-Triberg im Rahmen des Wettkampfes um die Schachweltmeisterschaft zu Nürnberg eine Massensimultanvorstellung. Der Kampf der beiden Meister, die die weißen Steine führten, ging über 95 Bretter. Dr. Aljechin kämpfte gegen 50 und Bogoljubow gegen 45 Spieler. Bogoljubow beendete bei den 45 Spielen 30 siegreich und 11 unentschieden, vier Begegnungen nahmen für den zweimaligen deutschen Meister einen ungünstigen Verlauf. Dr. Aljechin konnte von seinen 50 Partien nicht weniger als 36 gewinnen. Fünf Gegnern gelang es ein Remis zu erzielen, während neun Partien für den Weltmeister verloren gingen. Bogoljubow benötigte für seine Spiele, bei denen er ebenso wie Dr. Aljechin eine ganz vorzügliche Leistung zeigte genau 5 Stunden, während Dr. Aljechin 1¼ Stunden mehr an Zeit benötigte.

Am Sonnabend abend wird der Kampf um die Weltmeisterschaft mit der 19. Partie seine Fortsetzung finden.

Pferderennen mit Totalisator in Kattowitz

am 27. und 31. Mai, 3., 7., 10., 14., 17., 21., 24. und 29. Juni, 1., 5., 8., 12., 15. und 19. Juli ● Anfang 15.30 Uhr nachmittags ● Jeden Renntag 7 Rennen

Eintritt von 50 Pfennig an ● Nähere Auskunft erteilt: Oberschlesischer Werbedienst, Beuthen Oberschl., Kaiser-Franz-Josef-Platz 4, Tel. 2734

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem plötzlichen und unerwarteten Heimgange meines lieben, unvergeßlichen Mannes, unseres herzensguten, treusorgenden Vaters danken wir allen herzlich. Ebenso danken wir für die vielen Kranzspenden.

Gleiwitz, im Mai 1934.

Frau Clara Elias
und Kinder.

Danksagung.

Für die letzte Ehre und Kranzspenden, welche meinem lieben Gatten, unserem guten Vater, dem

Schuhmachermeister

Franz Kulawik

erwiesen wurden, sprechen wir allen Verwandten und Bekannten, der Schuhmacher-Innung, dem kath. Gesellenverein, dem kath. Männerverein, der Rosenkranzbruderschaft, der N. S. K. O. V. und den Mitbewohnern unseren herzlichsten Dank aus. Herrn Geistl. Rat Bertzik für die trostreichen Worte am Grabe ein herzliches „Gott vergelt's".

Hindenburg-Biskupitz, den 26. Mai 1934.

Magdalena Kulawik, geb. Grölich
und Kinder.

Gleichzeitig gebe ich bekannt, daß ich die

Schuhmacherwerkstatt

Beuthener Straße 75 unter fachmännischer Leitung unverändert weiter führe. Ich bitte die verehrte Kundschaft, mir weiterhin die Treue zu bewahren.

Magdalena Kulawik.

Zurückgekehrt

Dr. Karl Sluzalek

prakt. Arzt

Gleiwitz-Petersdorf, TosterStr. 15, Tel. 4767

Täglich frisch zu haben

Junge Gänse, Enten, Back- und Brat-Hühnchen, Perlhühner, Puten, Tauben, Suppenhühner, frisch geschlachtet und sauber gerupft, echt Rügenwalder Teewurst, Kulmbacher Saftschinken, große ausgesucht schöne Garten-Erdbeeren.

Von nächster Woche ab:
Rehrücken, -Keulen und -Blätter zu haben.

Drzezga, Haus aller Lebensmittel
Beuthen OS., Gleiwitzer Strasse 15, Tel. 4245

Das exklusiv vornehme **„Drei-Zack"-**

Maß-Oberhemd

Allerhöchste Anerkennungen ständiger Kunden aus den Kreisen der hohen Aristokratie, Kunst, Wirtschaft des In- u. Auslandes

Direkt ab Fabrik von Mk. **4.-** an
Panama-Sporthemd nach Maß Mk. **2.90**

Was müssen Sie sonst schon für einfache Oberhemden zahlen! Verlangen Sie heute noch Muster-Abschnitte gratis und franko!

Mech. Wäschefabrik „Drei-Zack", Oberkotzau 65 (Oberfr.)
Modernste Großfabrikation. (Inh. A. Fischer & Söhne.)

Verbreitet unsere Zeitung

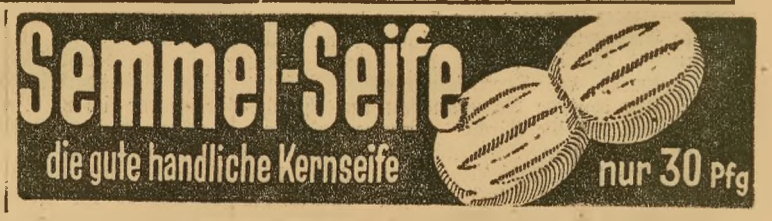
Einladung
zur ordentlichen
Generalversammlung
am Mittwoch, den 6. Juni 1934, 20 Uhr, im Promenaden-Restaurant, Hindenburgstraße 16
mit folgender Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Jahresrechnung und Bilanz für 1933.
3. Bericht über die gesetzl. Revision der Genossenschaft.
4. Beschlußfassung über Genehmigung der Bilanz und die Verteilung des Reingewinnes.
5. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
6. Satzungsänderungen.
   (§ 13 2. Satz, § 16 1. Satz, § 17 Absatz 4, § 28 Absatz 1 und 2, § 39 Zeile 5)
7. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
8. Verschiedenes.
   (Anträge aus der Versammlung nach §§ 22 bezw. 26 Nr. 7 der Satzungen.)

Beuthen OS., den 25. Mai 1934.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Volksbank Beuthen OS. e. G. m. b. H.
Max Neugebauer, Rechtsanwalt und Notar
Vorsitzender.

Eis-Waffel-Pulver
billigst
M. Haendler
Schok.-Großhdl.
Gleiwitz,
Neudorfer Str. 3



Halte wieder persönlich Sprechstunden ab
in **Beuthen, Bahnhofstr. 26** u. in **Karf, Postgebäude.**
B. Preuss
staatl. gepr. Dentist.

„Seit ich den **echten**
Salvador-Mate
trinke, geht es mir glänzend!"
Pack. 0.70. 1.30 1.60.

N · S · D · A · P

Stellenangebote

Ein tüchtiger
Bäcker-Geselle
d. auch Feinware versteht, wird per sofort gesucht. Eilangebote unt. A. 100 a. d. Volksstimme, Gleiwitz

Ein fleißig., ehrl.
Dienstmädchen
und ein
Stubenmädchen
firm in Wäsche u. etwas Kochen, z. 1. Juni gesucht. Vorzustellen nur m. Zeugnissen v. 3—5 Uhr nachm.
Beuthen OS.
Scharleyerstr. 56

Gute Existenz
bietet sich tüchtig. kath. Kaufmann d. Uebern. eines alteingef. Kolonialw.-Gesch. in groß. Industrieort OS. Post u. Bahnst. am Ort. Evtl. Einheirat gebot. Ausführl. Bewrb. u. Y. 258 a. d. Volksstimme in Gleiwitz.

Zu vermieten

5-Zimm.-Wohn.
Zentralheizung,
2 Büroräume
1 Laden
Gleiwitz, Bahnhofstr. 20, z. verm. Anfr. 1. Etg. od. Telefon 2616.

1 Werkstatt
m. Kraftbetrieb zu vermieten.
Gleiwitz, Niederwallstraße 20.

Pensionär-Wohnung
herrliche Lage, in Bad Charlottenbrunn: 3½-Z., Glasver., K., Spst., Bad, Spülklos., Elektr., Wasserltg., gr. Gart., 53.— Mk. vermietet bald od. später Gorzel Haus Angela (Nordend).

3 Zimmer m. Küche
u. Bad per 1 Juli in Hindenbg. zu mieten gesucht. Offert. m. Preis unter K. B. 96 a. d. Volksstimme Hindenburg OS.

Kaufgesuche

Gut erh., gebr.
Kinderwagen
zu kaufen gesucht
Wengler, Gleiwitz, Albrecht Dürer-Straße 20.

Mietgesuche

Leerzimmer
in Gleiwitz von anständ., älterer Frau i. gt. Hause per 1. 6. ges. Off. mit Preis unter F 264 a. d. Volksstimme, Gleiwitz.

Die Rucksack-Bücherei
ist immer parat, wenn's darauf ankommt. Die Bändchen sind handlich und billig. Man nimmt sie auf jeder Fahrt und Wanderung mit, weil sie uns Rat, Hilfe und praktische Anregung geben.

Jede Nummer nur 40 Pfg.

1. Neunundneunzig Tummelspiele
2. Der Sterngucker (zum Beobachten der Sterne)
3. Es bruzzelt im Pott (Wanderkochbuch)
4. Natur vor unserem Zelt (Naturbeobachtungen. Tier- und Pflanzenbestimmung)
5. Ich weiß mir zu helfen
6. Der Medizinmann (Hilfsbuch bei Unglücksfällen und Erkrankungen)
7/8. Kartenlesen (vollständige Anleitung)
9. Heim- und Zeltspiele
10. Alles mal nachdenken
11. Rettungsschwimmen
12. Zeichen am Wege
13./14. Kampf- und Kriegsspiele
15. Zirkus im Lager

Oberschl. Volksstimme
Buchhandlung
Gleiwitz, Kirchplatz 4.

Drucksachen aller Art
liefern schnell, gut und billig die
Druckereien der
Oberschlesische Volksstimme
Gleiwitz, Reichspräsidentenpl. 4
Beuthen OS., Piekarer Straße 9
Ratibor, Wilhelmstraße 7/11

Druck und Verlag: Oberschl. Volksstimme GmbH. Hauptschriftleiter: Wilh. Matzel. Stellvertreter: Liborius Himmel in Gleiwitz. — Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Wilhelm Matzel in Gleiwitz. — Verantwortlich für Kommunalpolitik und Lokales: für Beuthen: Hubert Lachotta in Beuthen; für Gleiwitz: Liborius Himmel in Gleiwitz; für Hindenburg: Heinrich Wallossek in Hindenburg; für Ratibor: Dr. Rudolf Jokiel in Ratibor. — Verantwortlich für Sport: Dr. Georg Krischker in Beuthen; für den Bilderdienst: Liborius Himmel in Gleiwitz; — Verantwortlich für Provinz, Wirtschaft und den übrigen Inhalt: Gerhard Borowka in Gleiwitz. Verantwortlich für den Anzeigen- und Reklameteil: Verlagsdirektor Hermann Riester in Gleiwitz. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder u. Bücher übernimmt die Redaktion keine Gewähr.
D.-A. 4./34: 20 063

Ein Aufruf des Gauleiters und Oberpräsidenten

„Macht Arbeitskräfte frei für die Landwirtschaft“

Breslau, 25. Mai.

Gauleiter und Oberpräsident Helmuth Brückner veröffentlicht unter der Devise „Macht Arbeitskräfte frei für die Landwirtschaft“ folgenden Aufruf:

„Oberstes Gebot der Stunde ist die Arbeitsbeschaffung für die Millionen deutscher Volksgenossen, die noch nicht in Lohn und Brot sind. Reich und Staat, Landwirtschaft und Handwerk, Handel und Industrie beteiligen sich nach besten Kräften an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Es ist Sabotage der Arbeitsschlacht, wenn für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht ausschließlich Arbeitslose verwendet werden, sondern Arbeiter und Angestellte, die bereits in Lohn und Brot sind und nun aus den Betrieben wieder herausgeholt werden, ohne daß die in Frage kommenden Stellen wieder neue Arbeitskräfte einstellen.

Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß es verboten ist, landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Landwirtschaft so dringend gebraucht werden, in anderen Berufen zu beschäftigen. Ich fordere die Betriebsführer auf, nachzuprüfen, ob sich in ihren Betrieben landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen befinden. Wo dies der Fall ist, sind die Betreffenden aufzufordern, sich durch das Arbeitsamt um eine Beschäftigung in der Landwirtschaft zu bewerben. Die auf diesem Wege frei werdenden Stellen sind unbedingt wieder mit Arbeitslosen durch Vermittlung der Arbeitsämter zu besetzen. Ich mache die Betriebsführer für die Durchführung dieser Anordnung verantwortlich und behalte mir vor, durch die in Frage kommenden Stellen entsprechende Nachprüfungen vornehmen zu lassen.

Breslau, den 23. Mai 1934.

Heil Hitler
Brückner
Gauleiter und Oberpräsident.“

„Kraft durch Freude“

Am Sonntag, 3. Juni 34, morgens gegen 6 Uhr, fährt ein Sonderzug der NS Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ nach Bad Ziegenhals. Die Rückkehr erfolgt gegen 22 Uhr. Der Fahrpreis beträgt für Hin- und Rückfahrt *RM* 2.80. Um für Stimmung und Unterhaltung zu sorgen, nehmen an dieser Fahrt teil: Männergesangverein Carsten-Zentrum-Grube, Tanzgruppe BDM, Doppelquartett Hohenzollerngrube und die NSBO-Kapelle. Meldungen für diese Fahrt nimmt nur noch einige Tage entgegen: Geschäftsstelle der Deutschen Arbeitsfront, Hindenburgstr. 17.

Tagesfragen der Hausbesitzer

Der Neue Haus- und Grundbesitzerverein hielt am 24. Mai im Hotel Kaiserhof seine Monatsversammlung ab, welche stark besucht war. Der Vereinsführer, Rektor Jockisch, machte die Versammelten mit dem Hauptthema der Tagesordnung, dem Ortsstatut betr. die Straßenreinigung, die Ordnung der Erhebung von Entwässerungsgebühren und die Anlegung pp. von Straßen und Plätzen bekannt, worauf er darüber ein juristisches Gutachten des Verbandssyndikus vorlas, der mit der weiteren Verfolgung der Angelegenheit betraut wurde. Die Versammelten wurden auf die Steuerermäßigung bei Instandsetzungsarbeiten, gemäß Verordnung vom 20. 4. 1934 aufmerksam gemacht und ermahnt, die notleidende Wirtschaft nicht im Stich zu lassen, sondern nach bestem Können weiter Reparaturarbeiten ausführen zu lassen, um für unsere deutschen Volksgenossen Arbeit und Brot zu schaffen. Wegen der sonstigen Steuerermäßigungsmöglichkeiten, sei es aus Rechts- oder Billigkeitsgründen, wurde auf die Geschäftsstelle verwiesen.

Nachdem der neue deutsche Einheitsmietsvertrag, der geeignet ist, das früher gespannte Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter auszuschließen, besprochen war, wurde das Werbeblatt „Der geeinte Hausbesitz im freien Reich“ des neuen Verbandsführers, M d R., E. Janke, Breslau, vorgelegt und erläutert, wobei betont wurde, daß alle Hausbesitzer organisiert sein müßten, und daß nach dem Ausspruch des schlesischen Führers die nach dem 30. April 1934 zwangsweise zu der Organisation stoßenden Mitglieder mit vollem Recht eine ganz besondere Beurteilung erfahren würden.

Vortragsabend über Weltpolitik in der Deutschen Angestelltenschaft

Im Rahmen der Vortragsabende der Ortsgruppe der Deutschen Angestelltenschaft sprach am Donnerstag Hauptschriftleiter Hans Schadewaldt über den fernöstlichen Konflikt, den Kampf um die Vorherrschaft im Mittelmeerraum und die Interessengegensätze der Großmächte im kolonialen Afrika. Er bezeichnete Eingangs den Aufstieg Japans zur pazifischen Weltmacht und umriß die Tendenzen des japanischen Imperialismus, der sich neuestens aufsehenerregende Stützpunkte in Siam und Abessinien gesichert hat. Ihm tritt USA, die russische Abwehr in Wladiwostok und der Ausbau der englischen Weltstellung in Singapore entgegen. Um Abessinien kreist heute das afrikanische Kolonialproblem. Die große Kraftlinie des britischen Weltreiches, die durch die Stützpunkte Gibraltar, Port Said, Aden, Singapore und Shanghai gegeben ist, wird heute durch die Aktivität der japanischen Außenpolitik, die Bewegung Ibn Sauds zu einem großarabisch-mohammedanischen Reich und die sehr rührige italienische Kolonialpolitik in einer Weise berührt, daß die Rückwirkungen auf die kontinental-europäischen Fragen, insbesondere auf das deutsch-französische Verhältnis nicht gering zu achten sind. Japan und Italien stehen geopolitisch unter vielfach gleichen Bedingungen (Bevölkerungsüberschuß, Rohstoffmangel, Kolonialhunger). Zum Schluß würdigte Chefredakteur Schadewaldt die Größe und Schwierigkeit der außenpolitischen Aufgabe Adolf Hitlers, deren erfolgreiche Durchführung nicht nur von der zähen gradlinigen Verfechtung der deutschen Gleichberechtigungsforderung abhängt, sondern auch von der geschickten Ausnutzung einer weltpolitischen Mächtegruppierung, die uns hoffentlich in nicht zu ferner Zeit Souveränität und Freiheit beschert.

Ortsgruppenleiter Schuster dankte namens der Zuhörer für den eindrucksvollen, ungemein anregenden, sehr beifällig aufgenommenen Vortrag.

lk. **Hohes Alter.** Kaufmann Emil Heimann, Hohenzollernstraße 2 feiert am Montag, den 28. Mai, in geistiger und körperlicher Frische seinen 76. Geburtstag.

:: **Vom Ehrenbund deutscher Weltkriegsteilnehmer E. V. Ortsgruppe Beuthen** wurde laut Urkunde dem Kameraden Kapellmeister Theodor Kowollik das Kriegsehrenkreuz mit Schwertern verliehen.

Sommer-Sonntagsluftverkehr für Oberschlesien

Die Deutsche Lufthansa A.-G. hat in diesem Jahre erstmalig für Oberschlesien einen Sommer-Sonntags-Luftverkehr eingerichtet, und zwar von Gleiwitz über Breslau nach Hirschberg. Das Flugzeug startet in Gleiwitz um 7,15 Uhr, landet in Breslau um 8,10 Uhr und fliegt nach kurzem Aufenthalt weiter nach Hirschberg, so daß man bereits um 8,55 Uhr in Hirschberg eintrifft. Rückwärts startet das Flugzeug in Hirschberg um 18,10 Uhr, und landet in Breslau um 18,50 Uhr. Der Start daselbst findet um 18,55 statt und trifft das Flugzeug in Gleiwitz um 19,50 Uhr wieder ein.

Der Preis für einen Flug von Gleiwitz nach Breslau beträgt 13 Rmk., für Gleiwitz — Hirschberg 19,— Rmk. Bei gleichzeitiger Lösung des Hin- und Rückflugscheines gewährt die Deutsche Lufthansa 15% Ermäßigung, so daß sich ein Flug von Gleiwitz nach Breslau und zurück auf 22,10 Rmk., von Gleiwitz nach Hirschberg und zurück auf 32,30 Rmk. stellt. In Gleiwitz versieht das Zubringerauto der Deutschen Lufthansa den Zu- und Abbringerdienst für die Fluggäste aus Gleiwitz, Beuthen und Hindenburg. Die Gäste werden aus Beuthen um 6,15 vom Reichsbahnhotel, Beuthen Reichsbahngebäude, aus Hindenburg um 6,35 Uhr vom Hotel Admiralspalast und von Gleiwitz um 6,50 Uhr vom Hotel Haus Oberschlesien, Gleiwitz, Helmuth-Brückner-Straße abgeholt. Auf dem Rückwege werden die Gäste bis zu den genannten Haltestellen gleichfalls befördert. Der Autofahrpreis beträgt nach Hindenburg 1,— Rmk., nach Beuthen 2,— Rmk. pro Person. Da der Zubringerdienst nur bedarfsweise ausgeführt wird, empfiehlt es sich, bei der Bestellung von Plätzen gleichzeitig seine Wünsche betreffs Abholung bekanntzugeben.

Durch die Einrichtung des Sommer-Sonntags-Luftverkehrs nach Breslau und Hirschberg hat die Deutsche Lufthansa den Oberschlesiern die Möglichkeit gegeben, ihre Sonntage angenehm im schönen Riesengebirge oder in Breslau zu verleben. Da die Platznachfrage sehr groß ist, empfiehlt es sich, Plätze rechtzeitig belegen zu lassen, damit den Fluggästen die Gewähr gegeben ist, auch bestimmt an den Sonntagsflügen teilnehmen zu können.

:: **NS Kleinsiedlerverein e. V., Stadtgruppe Beuthen.** Am Sonnabend, den 26. Mai d. Js., abends 7 Uhr, findet im Christl. Gewerkschaftshaus, Friedrich-Wilhelms-Ring, Eingang Kluckowitzer Straße — eine außerordentliche Versammlung für sämtliche vorst. Kleinsiedler, Eigenheimer und Parzellenbesitzer von Beuthen-Stadt statt. Es spricht der politische Kommissar für Kleinsiedler Oberschlesien, Pg. Virgin, Gleiwitz, über allgemeine Siedlerfragen in Deutschland. Es liegt im Interesse eines jeden Siedlers, diese Versammlung zu besuchen, um sich mit den neuesten Bestimmungen und dem Siedlungsprogramm der nationalsozialistischen Regierung bekannt zu machen. Am Sonntag, den 3. Juni, findet eine gemeinsame Besichtigung der Geflügelfarm Rokittnitz und der Siedlerstellen Stollarzowitz-Friedrichswille statt, um den Siedlern fachliche Kentnisse nicht nur durch die üblichen Schulungsvorträge, sondern auch durch die Inaugenscheinnahme von Einrichtungen zu vermitteln.

:: **Einbrecher im Jugendheim.** In der Nacht zum Mittwoch drangen Unbekannte in ein Zimmer des Hitler-Jugendheims mit einem Nachschlüssel ein und entwendeten aus einer unverschlossenen Schreibtischschublade ein Buch „Jugendstunde“ mit Widmung und Unterschrift des Jungbannführers Schuhmacher, ferner ein Bleistift und zwei Radiergummis.

Beuthener Vereine

Kathol. Kreuzbund-Nord. Sonntag, 27. 5., Versammlung: Bei schönem Wetter nachm. 5 Uhr im Kreuzbundgarten, bei Regenwetter abends 8 Uhr in der Akademie.

Rauchen ist immer etwas Angenehmes. Mit einer guten „Salem“ aber wird das Rauchen zu einem wahren Genuß!

SALEM ZIGARETTEN 3 1/3 9

Landkreis Beuthen

Rokittnitz

Gewerkschaft Castellengogrube schafft Arbeit

Das große Bauvorhaben, das bereits im vergangenen Jahre durch die Verwaltung der Gewerkschaft Castellengo-Abwehrgrube in Angriff genommen werden sollte, wird nun Wirklichkeit. Anschließend an den erst kürzlich fertiggestellten Bau eines 8-Familienhauses soll zur Behebung der Wohnungsnot, insbesondere der Not an Kleinwohnungen, der Bau eines weiteren Familienhauses erstehen. Im Zusammenhang mit diesem Bau, der nun begonnen ist, wird der Ausbau eines Beamtenhauses längs der Straße geplant. Er soll noch in diesem Jahre unter Dach und Fach gebracht werden. So mancher arbeitslose Handwerker und Arbeiter wird auch hier wieder freudig zugreifen.

:: **Errichtung einer Fliegerwerkstätte.** Der Wunsch der kürzlich hier am Orte ins Leben gerufenen Fliegerortsgruppe, einen Werkstattraum zu erhalten, geht in Erfüllung. Dank der Gräfl. Ballestremschen Verwaltung, die entgegenkommender Weise in den hiesigen Baubaracken einen entsprechenden Raum zur Verfügung gestellt hat. Dieser wird nach einer eingehenden Renovation demnächst seiner Bestimmung übergeben werden können. Auch sind bereits die notwendigen Vorarbeiten für den Bau von zwei Segelflugzeugen in Angriff genommen worden.

:: **Abraupen von Bäumen.** Von der hiesigen Gemeindeverwaltung ergeht an die hiesige Bevölkerung, insbesondere an die Besitzer von Hof und Garten das Ersuchen, ihre Bäume, Sträucher, Hecken usw. bis zum 31. Mai 1934 nochmals abzuraupen. Nach dieser Frist wird eine Kontrolle ausgeübt werden.

:: **Der Caritasverband e. V.** hielt am Mittwoch unter Leitung von Pfarrer Plonka im Pfarrsaale seine Monatssitzung ab. Nach einer Vorlesung aus dem Buch Daniel behandelte der Vorsitzende „Aus der Geschichte der Caritas" die franziskanische Bewegung im 13. Jahrhundert. Hierauf gab er den Mitgliedern den letzten Teil des Arbeitsplanes für das Hilfswerk „Mutter und Kind" bekannt. Die Versammlung nahm auch Kenntnis von den Ergebnissen der Caritasopferwoche und von der am 27. Mai in Gleiwitz stattfindenden Eröffnung der Ausstellung: „Die deutsche Frau".

Mikultschütz

25jähriges Priesterjubiläum

Im Juni d. J. feiert Erzpriester August Grochowina sein 25jähriges Priesterjubiläum. In Anbetracht der außerordentlich großen Verdienste, die sich der Jubilar um die Parochie erworben hat, ist eine größere Festveranstaltung geplant, für die die Vorbereitungen bereits getroffen wurden.

○ **Die Ladenkasse gestohlen.** Während einer kurzen Abwesenheit des Ladeninhabers wurde die Ladenkasse des Kaufm. Blotko von den Berufslosen W. und R. gestohlen. Die Polizei konnte die Spitzbuben und den gestohlenen Betrag sicherstellen.

Hindenburg

Christus und der katholische Jungmann

Die weiteren Jungmänner-Wochen für Groß-Hindenburg und Mikultschütz.

Pfarrkirche St. Johannes (Hindenburg-Biskupitz) bis 27. Mai, 7 Uhr abends und 6 Uhr früh.

Kuratie St. Kamillus vom 27. bis 31. Mai, abends 8,30 Uhr. Vom 31. Mai bis 3. Juni finden im Kamillianerkloster Jungmänner-Exerzitien statt.

Pfarrkirche St. Laurentius (Mikultschütz) vom 3. bis 10. Juni, abends 8 Uhr und 8 Uhr früh.

Pfarrkirche St. Franziskus vom 10. bis 17. Juni, abends 8 Uhr und 5,30 Uhr früh.

Pfarrkirche St. Andreas vom 24. Juni bis 1. Juli, abends 8 Uhr und 5,30 Uhr früh.

Preisverteilung an Reichsberufswettkämpfer

Gruppe Friseure.

Donnerstag abend fand im Hotel „Schwarzer Adler" die Verteilung der im Reichsberufswettkampf erstrittenen Preise (Gruppe Friseure) statt, die durch Wettkampfleiter, Fachschullehrer Zimmermann mit einer ermunternden Ansprache an die Lehrlinge eröffnet wurde. Anschließend überreichte er den Siegern im RBWK die Preise. Es erhielten: den 1. Preis Herbert Michalski, 2. Preis Rudi Markefka, 3 Preis Gerhard Dyka; Lehrmädchen: 1. Preis Margarete Stateczny, 2. Preis Helene Kudla. Ferner wurden diejenigen ausgezeichnet, die den besten Aufsatz über den ersten Schulungsabend geschrieben haben. Die Preise sind von der Fa. Hans Schwarzkopf, Berlin, gestiftet worden. Es erhielten: 1. Preis Erich Olubatz, 2. Preis Willibald Polotzek, 3. Preis Elly Sobek, 4. Preis Elisabeth Schmidt, 5. Preis Stefanie Titz.

Ehrenvolle Berufung

Der Stadtkämmerer im Finanzausschuß des Gemeindetages

Der Reichsminister des Innern hat Stadtkämmerer Schilling in den Ausschuß des Deutschen Gemeindetages für das gemeindliche Kreditwesen und in den Finanzausschuß des Deutschen Gemeindetages für das Deutsche Reich berufen.

Unter zielbewußter Führung

Ein Jahr Fliegerortsgruppe Hindenburg

Erfreuliche Rückschau am Gründungstage

—§— **Hindenburg**, 26. Mai.

Am 26. Mai d. Js. kann die Hindenburger Fliegerortsgruppe auf ihr einjähriges Bestehen zurückblicken. Dieser verhältnismäßig kurze Zeitabschnitt enthält eine Fülle bedeutender Aufgaben, die für die künftige Entwicklung der deutschen Sportluftfahrt im Grenzbezirk von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind. Am 19. Mai 1933 beauftragte der Führer der Fliegerlandesgruppe 15 „Schlesien", v. Schellwitz, Regierungsbaumeister Lugscheider mit der Bildung der Fliegerortsgruppe Hindenburg im Rahmen des Deutschen Luftsportverbandes. Aus dem etwa 56 Mitglieder starken Hindenburger Verein für Luftfahrt entwickelte sich die große Organisation zur Förderung der Sportfliegerei in unserer Stadt unter zielbewußter Führung zu einem achtunggebietenden Faktor in dem großen Netz der deutschen Sportfliegerei.

Der organisatorische Aufbau der Hindenburger Fliegerortsgruppe läßt vor allem die Planmäßigkeit erkennen, mit der diese wichtige nationale Aufbauarbeit durchgeführt worden ist. Fliegerklub und Fliegerhilfe bildeten die finanzielle Grundlage für die Ausbildung des Fliegersturms. Die Fliegerortsgruppe konnte in ihrem ersten Arbeitsjahr die Mitgliederzahl gegenüber dem früheren Bestand verfünfzehnfachen. Es ist dies ein Erfolg der regen Werbetätigkeit, aber auch der

richtigen Einstellung der Hindenburger Bevölkerung zu den großen Aufgaben des Deutschen Luftsportverbandes.

Im Mittelpunkt aller Arbeit stand die systematische Heranbildung des Fliegersturms. 40 Mann des früheren SA.-Fliegersturms wurden in den Fliegersturm der Fliegerortsgruppe vor Jahresfrist übernommen. Zusammen mit den Segelflugzeugbaugruppen der Gewerblichen Berufsschule und der Donnersmarckhütte bildeten sie den Kern des Fliegersturms, der durch seine rege Tätigkeit im Segelflugzeugbau innerhalb der Fliegerstürme Schlesiens besondere Anerkennung fand.

Der sichtbarste Erfolg dieser einjährigen fliegerischen Aufbauarbeit in Hindenburg tritt in der Entwicklung des Segelflugzeugbaues in Erscheinung. Zunächst wurden die kleinen Werkstätten der Gewerblichen Berufsschule und der Donnersmarckhütte in der Segelflugzeugbauanstalt im Dechenzechenhaus zusammengeschlossen, das die Preußag der Fliegerortsgruppe dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hatte. Mitten im Winter siedelten die jungen Flugzeugbauer in den stillgelegten Georgschacht über und richteten sich dort in emsigem Schaffen

einen geradezu vorbildlichen Fliegerhorst ein,

der neben umfangreichen Werkstatträumen eine Segelflugzeughalle, Montagehalle, Kraftwagenschuppen und vor allem ein geeignetes Segelfluggelände umfaßt, auf dem die heranwachsenden Jungflieger ihre Vorschulung im Gleitflug erfahren. Der Fliegerhorst am Georgschacht dürfte nach seiner Freigabe für Besichtigungen ein lockendes Ziel für sonntägliche Spaziergänge sein.

Die erfolgreiche praktische Arbeit der Hindenburger Fliegerortsgruppe für den Aufschwung der oberschlesischen Fliegerei fand ihre Anerkennung auch darin, daß der Abteilungsleiter für Segelflugzeugbau, Gewerbeoberlehrer Krzeminski, vom Deutschen Forschungsinstitut für Segelflugzeugbau zum Bauprüfer 1. Ordnung für Oberschlesien, desgleichen der Oberbauwart Ing. Woote zum Bauprüfer 2. Ordnung ernannt und die Mitglieder des Hindenburger Fliegersturms der Segelfluglehrer Lange, Abteilungsführer Radig und Gewerbeoberlehrer Krzeminski in den Stab der Fliegeruntergruppe Oberschlesien berufen wurden.

Unter den großen flugsportlichen Erfolgen der Fliegerortsgruppe Hindenburg im vergangenen Jahre ragt die

fliegerische Glanzleistung des Gleitfluglehrers Mandetzki

hervor, der während der diesjährigen Osterfeiertage mit der Segelflugzeit von 1 Stunde, 23 Minuten und 9 Sekunden einen Flugrekord am Steinberg-Osthang aufstellte.

„Fortschritt und Technik"

Große Kundgebung des Hindenburger K. D. A. J.

Das Lawaczeksche Saughebenwehr — die Elektrowelle des Kleinkunden

hw. Hindenburg, den 25. Mai 1934.

Im Büchereisaal der Donnersmarckhütte versammelten sich am Donnerstag abend auf Einladung des Kampfbundes Deutscher Architekten und Ingenieure (Bezirksleitung Hindenburg) eine stattliche Anzahl Vertreter technischer Verbände Oberschlesiens, die Amtswalter der NSBO und die politischen Leiter der Partei zu einer Kundgebung, die von Darbietungen der SA-Standartenkapelle umrahmt wurde. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Vortrag des Dr. Ing. Lawaczek von der Reichsleitung der NSDAP über das zeitgemäße Thema: „Fortschritt und Wirtschaft".

Kreisschulungsleiter, Oberingenieur Müller eröffnete die Tagung mit herzlichen Begrüßungsworten, in denen er seiner Freude darüber Ausdruck gab, auch in der Arbeiterstadt Hindenburg das lebenswichtige Problem der Notwendigkeit eines organischen Aufbaues und Eingliederung der Technik in den Organismus des neuen Staates von berufener Seite erörtert zu erhalten. In tiefschürfender, freier Redeweise behandelte sodann

Dr. Ing. Lawaczek

das auch für die Eindämmung der Arbeitslosenziffer so eminent wichtige Vortragsthema. Fortschritt ist die Urquelle der Wirtschaft. Ertrag kann in regelmäßigen Zeitläufen nur fließen, wenn nicht kurzfristig Neuerungen eintreten. Nicht immer ist ein scheinbarer Fortschritt ein wirklicher. Den Ausgleich hierbei zu suchen, ist Sache der Führung. Betriebsstörend wirkt es, wenn rein verwaltungstechnisch tätige Stellen auch technisch-schöpferisch gestalten wollen. Hier ist dem K. D. A. J. ein großes Aufgabengebiet gestellt, gerade in der jetzt neugestaltenden Zeit.

Redner wendete sich sodann der Frage zu: Was ist wirklicher Fortschritt? Wenn eine Neuerung nicht im Alten verwurzelt ist, dann taugt sie nichts. Beispiele aus der verflossenen liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaft seien hierfür Beweise.

Die Arbeitslosigkeit könne nur beseitigt werden, wenn die Ansprüche an die Veredelungsbasis größtmöglichst gesteigert und die vorhandenen Bodenschätze tunlichst ausgebeutet und ausgenutzt werden.

Im nationalsozialistischen Staate gelte das Leistungsprinzip, unter Ausschaltung des Arbeitsloseneinkommens, um eine möglichst gerechte Verteilung des Arbeitslohnes herbeizuführen. Technische Fortschritte dürfen nur im Allgemeininteresse eingesetzt werden, bei Vermeidung von Monopolstellen. Eingehend beschäftigte sich der Vortragende mit der

Konzentration der Elektrowirtschaft.

Er kam zu dem Ergebnis, daß es in der Vergangenheit

kaufmännisch und technisch ein Mißgriff gewesen sei, die Stromversorgung zentral auszubauen.

Die Technik sei zum Zwecke des Geldverdienens mißbraucht worden. Die Senkung des Strompreises für den Kleinabnehmer aber sei nur durchführbar durch mehrfache Steigerung der Benutzungsdauer im Haushalt. Dies würde aber wiederum die Errichtung neuer Elektrizitätswerke voraussetzen, um den erforderlichen Mehrbedarf an Strom decken zu können.

Dr. Lawaczek erörterte sodann

die vielumstrittene technische Frage, wie die Wasserkraft bei Elektrowerken erstrangig gemacht werden kann.

Eine Zügelung jeder Hochwassermenge, die Voraussetzung für eine ununterbrochene Stromversorgung, sei nur bei Anwendung des Saughebenwehres und durch Stufeneinbauen in das Flußbett durchführbar. Auf diese Weise könnten nachweisbar rd. 10 Millionen Kilowatt Wasserkräfte gewonnen und dem Kleinkunden zur Verfügung gestellt werden. Ein vom Redner noch in der Aera des damaligen Reichswirtschaftsministers Hugenberg in Vorschlag gebrachter Versuch mit diesem Saughebenwehr sei merkwürdigerweise unterblieben, trotz Anhörung einer langen Reihe von Sachverständigen. Erst kürzlich wurde diese epochemachende Erfindung in München mit glänzendem Ergebnis erprobt. Die Neuerung ist auch bereits zum Patent angemeldet und von der hierfür zuständigen Stelle überaus günstig begutachtet worden. Ein weiterer Vorteil des Saughebenwehres liege darin, daß durch Aufspeicherung des Ueberschußstromes Wasserstoff und Sauerstoff gewonnen werden könne. Vornehmste Aufgabe des K. D. A. J. müsse es deshalb sein, diese Fortschritte der Wirtschaft aufzwingen zu helfen, lediglich im gemeinnützigen Interesse des nationalsozialistischen Staates.

Zum Schluß nahm Kreisschulungsleiter Müller noch Veranlassung, dem Redner für seine wertvollen Ausführungen herzlichen Dank abzustatten. Mit einem Treuegelöbnis an Adolf Hitler und dem Absingen der beiden Nationalhymnen endete die eindrucksvolle Kundgebung.

r. **Arbeitsveteran.** Fördermaschinist Philipp Sobotta kann auf eine 40jährige Tätigkeit auf dem Westfelde der Königin Luise-Grube zurückblicken.

r. **Sein 25jähriges Dienstjubiläum** beging Steigerstellvertreter Franz Gaida (Delbrückschachtanlage).

§ **Seinen 60. Geburtstag** begeht am 31. d. Mts. Schlossermeister Paul Marondel, der seit 44 Jahren seinen hiesigen Schlossereibetrieb selbst leitet.

§ **Im silbernen Kranze.** Am heutigen Sonnabend feiert Markscheider i. R. Paul Leschnik (Schillerstraße 6) mit seiner Gattin das 25jährige Ehejubiläum. Dem Silberpaar, das zu den treuen Beziehern unserer Zeitung zählt, unseren Glückwunsch.

§ **Beförderungen beim Finanzamt.** Die Steuer-Assistenten Schmolke und Rosenberger sind rückwirkend vom 1. 4. 1934 ab zu Steuersekretären befördert worden.

r. **Neuer Geländesportlehrer.** Maschinensteiger Spallek vom Westfelde der Königin Luisegrube ist auf Grund seiner Leistungen an der SA-Sportschule Lamsdorf der Lehrschein als Gelände-Sportlehrer erteilt worden.

§ **Autobus-Fahrplanänderung.** Der um 7,20 Uhr vom Hauptbahnhof nach Rokittnitz abfahrende Omnibus verkehrt ab 1. 6. 34 bereits 10 Minuten früher. Dem Publikum bietet sich dadurch Gelegenheit, den von Ludwigsglück um 7,41 Uhr abfahrenden Personenzug rechtzeitig zu erreichen.

:: **Zur Ostseereise mit der „Dresden" können sich infolge Erkrankung gemeldeter Teilnehmer noch sieben Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront umgehend melden. Die Reise wird heute (Sonnabend) um 18,54 Uhr vom Hauptbahnhof Hindenburg angetreten. Gesamtkosten (einschließlich Verpflegung und Reise) 57 Mark. Rückkehr am 3. Juni. Meldungen sofort an die Geschäftsstelle der Deutschen Arbeitsfront (Kronprinzenstraße 313).**

Gleiwitz

Ein vorbildliches Beispiel von Arbeitskameradschaft

Die Betriebsführung der Defaka, Deutsches Familien-Kaufhaus G. m. b. H., hat sich bereit erklärt, ihrer Gefolgschaft einen zusätzlichen Urlaub von 2—3 Tagen zu gewähren. Darüber hinaus wird sie den bedürftigen Arbeitskameraden die Ferienfreude insofern vergrößern, als sie diesen einen Reisezuschuß von je RM. 20,— bis RM. 30,— zur Verfügung stellt.

Ehrung der Berufskampfsieger im Malerhandwerk

Malerlehrling Lorenz-Gleiwitz Reichsberufswettkampfsieger

Die Malerzwangsinnung Gleiwitz versammelte sich im Speisesaal des „Haus Oberschlesien", um die Sieger aus den Reichsberufswettkämpfen zu ehren. Bei diesen Kämpfen waren Eduard Lorenz, Georg Kaduk, Max Kutscha, Paul Wosnitza und Paul Vielhauer als Sieger hervorgegangen, von denen der erste als schlesischer Meister an den Endkämpfen in Berlin teilnahm und hierbei Reichssieger wurde. Nach einleitenden Musikstücken begrüßte Innungsmitglieder Toczkowski die Gäste. Sodann überreichte er den Siegern aus dem Berufswettkampf Diplome. Dem Reichssieger Lorenz übergab er außer dem Diplom, das von Dr. Ley und Baldur v. Schirach eigenhändig unterzeichnet war, 25 RM als Stiftung der Innung. Landesverbandsvorsitzender Bitter-Breslau überbrachte dem Sieger die Glückwünsche der provinziellen Spitzenorganisation und feierte dann die durch den Nationalsozialismus im Handwerk bewirkte Einigung. Weiter gab der Redner seiner Freude darüber Ausdruck, daß das schlesische Malerhandwerk in einem Oberschlesier und Gleiwitzer den Reichsmeister stellen konnte. Sein Verband ehre den Reichssieger im Malerhandwerk, indem er ihm 25 RM für eine Gebirgsreise, ein Fahrrad, ein Buch mit Widmung und ein Jahresabonnement auf die Zeitschrift „Form und Farbe" als Preis überreiche. Alle Berufsgenossen forderte er auf, dem Sieger nachzueifern. Die Glückwünsche der Stadt überbrachte Oberbürgermeister Meyer, der feststellte, daß es für die Stadt eine Freude sei, daß ein Malerlehrling als Gast bei dem Führer in Berlin weilen durfte. Stadtrat Gaida erörterte den Wert der Reichsberufswettkämpfe, die erstmalig veranstaltet und zu einem vollen Erfolg wurden. Mit Genugtuung konnte er feststellen, daß nicht nur der Sieger Lorenz, sondern alle Malerlehrlinge aus Gleiwitz mustergültige Arbeiten geleistet und die Tatsache unter Beweis gestellt hätten, daß das Malerhandwerk auf einen guten Nachwuchs und tüchtige Meister schauen könne. Ein „Sieg Heil" auf Volk, Vaterland und Führer beendete die Feier.

Die Reichsleiterin der NS Frauenschaft in Gleiwitz

Am Donnerstag, den 24. Mai 1934 ist die Ausstellung „Die deutsche Frau" von der Reichsleiterin der NS. Frauenschaft Pgn. Scholtz-Klink besucht worden. Gaufrauenschaftsleiterin Pgn. Dorniok, Oberbürgermeister Meyer und die Amtswalterinnen des Gaues sowie sämtliche Kreisfrauenschaftsleiterinnen waren zu der Begrüßung erschienen.

Entmannungsurteil der Gleiwitzer Strafkammer

Der wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenverlust verurteilte Zuchthäusler Parksteinhof wurde heute von der Gleiwitzer Strafkammer zusätzlich zur Entmannung verurteilt. P. hatte in Gleiwitz einige seiner Aufsicht und Erziehung anvertraute Kinder zu unsittlichen Handlungen verleitet und sich in einem Falle an einem Mädchen besonders schwer vergangen.

:: **Meisterprüfung.** Im Stadthause fand unter dem Vorsitz von Stadtrat Brauner eine Meisterprüfung für das Tischler-, Sattler- und Damenschneiderhandwerk statt, der sich 9 Prüflinge unterzogen. Die Meisterprüfung bestanden haben im Damenschneiderhandwerk Frau Gertrud Lange-Gleiwitz, im Tischlerhandwerk Hans Janotta aus Gleiwitz, Peter Woitke aus Ostroppa (Kreis Tost-Gleiwitz), Robert Kaldonek aus Gleiwitz, Erich Teitscher aus Kieferstädtel (Kreis Tost-Gleiwitz), Wilhelm Madeja aus Hindenburg, Fritz Neumann aus Peiskretscham (Kreis Tost-Gleiwitz) und Franz Zombek aus Hindenburg, und im Tapeziererhandwerk Georg Dorminger aus Beuthen. Im Anschluß an die Freisprechung wies der Vorsitzende Brauner auf den Ständeaufbau und das Pflichtinnungsgesetz hin, wobei er die Aufgaben der Meister im nationalsozialistischen Deutschland und die Mitarbeit eines jeden Meisters am Wiederaufbau des Handwerks schilderte.

:: **Schlageter-Gedächtnis-Bund e. V.** Am Sonntag, den 27. 5. 1934 feiert der Schlageter-Gedächtnis-Bund Gleiwitz den 11. Todestag des letzten Soldaten des Weltkrieges und ersten Soldaten des Dritten Reiches Albert Leo Schlageter, des Mannes, der Oberschlesien in harter Bedrängnis half, des Annabergstürmers, dem sein Leben nichts war, nur sein Volk und sein Vaterland. Alle Schlageterkameraden, die seit 1923 in dem Bund waren, ebenso alle Freunde des Bundes werden ersucht, zu der am 27. 5. einberufenen Feier bei Bieniek, Petersdorf, Hegenscheidtstraße, um 19 Uhr zu erscheinen.

:: **Die Werbewoche der Deutschen Turnerschaft vom 27. 5. bis 3. 6. 1934 wird von der Paddelabteilung des Turnvereins „Vorwärts" Gleiwitz durch eine Auffahrt im Gleiwitzer Hafen am Sonntag, den 27. Mai, um 11,30 Uhr, eröffnet.** Der Vereinsführer wird dort eine Ansprache halten und die Taufe eines Kampfbootes vornehmen, das aus den freiwilligen Spenden der Abteilungsmitglieder beschafft worden ist. Freunde des Paddelsports sind zu dieser Veranstaltung willkommen.